

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Das Rote Wien des 21. Jahrhunderts

Sandra Breiteneder, Stefanie Vasold et al.

Urheberrecht vs. Kreativität im Netz

Josef Weidenholzer

Rules for Revolutionaries

Philipp Tzaferis

Schwarzes Loch und rote Blüte

Markus Marterbauer

SOS
BRUTALISMUS
DEUTSCHES ARCHITEKTURMUSEUM

52



Rinaldo Olivieri: La Pyramide, Abidjan, Elfenbeinküste, 1968–1973

EDITORIAL

Es ist bemerkenswert, wie schnell ÖVP und FPÖ ihre sozialpolitischen Masken nach dem Beginn der Regierungsverhandlungen fallen lassen: Quasi als erste Maßnahme die Abschaffung der Aktion 20.000, mit der ab nächstem Jahr 20.000 Jobs für ältere Langzeitarbeitslose geschaffen werden sollen, ins Auge zu fassen, legt in überraschender Ehrlichkeit offen, was uns unter einer schwarz-blauen Regierung erwartet: Offener Sozialabbau, getarnt mit Bösartigkeiten aller Art gegen AsylwerberInnen und sozial benachteiligte ÖsterreicherInnen. Wer angesichts dieser Ausgangslage der SPÖ dazu rät, keine »Fundamentallopposition« zu betreiben und damit meint, die menschenfeindlichen Ablenkungsmanöver der schwarz-blauen Regierung mitzutragen, kann es mit der Sozialdemokratie nicht besonders gut meinen.

Angesichts der Herausforderung in der Opposition muss sich die Sozialdemokratie nun rasch neu aufstellen, um wirkungsvoll Opposition zu betreiben. Eine besondere Rolle wird dabei Wien zukommen. Zum einen, weil es ein bevorzugtes Angriffsziel der schwarz-blauen Regierung sein wird. Zum anderen, weil gerade in Zeiten der Opposition Wien ein Referenzpunkt dafür sein wird, was SozialdemokratInnen zu leisten vermögen, wenn sie an der Macht sind.

Eine Gruppe sozialdemokratischer BasisfunktionärInnen hat sich daher, unabhängig von der personellen Frage, damit beschäftigt, welche inhaltlichen Impulse die Wiener Sozialdemokratie braucht.

In ihrem Beitrag plädieren die **neun AutorInnen** für ein »**Rotes Wien des 21. Jahrhunderts**« mit einer konkreten, optimistischen und hoffnungsvollen Politikerzählung, die durch ihre Praxis unter Beweis stellt, dass es Alternativen zu der, von Schwarz-Blau betriebenen, Spaltung der Gesellschaft gibt.

Wolfgang Edelmüller hat nachgerechnet, was die verkündeten **schwarz-blauen Budget- und Steuerpläne** konkret bedeuten und zeigt auf, dass sie hinten und vorne nicht zusammenpassen.

Josef Weidenholzer stellt in seinem Beitrag dar, was sich im **europäischen Urheberrecht** aktuell bewegt und wie eine sozialdemokratische Perspektive auf diesem Gebiet aussieht.

Die **Hintergründe** des Ergebnisses der **deutschen Bundestagswahl** und wie die **SPD** darauf reagieren kann, skizziert **Alexander Braun**.

Ludwig Dvořák wirft einen Blick über den Ärmelkanal und stellt **die dynamischen aktuellen Entwicklungen der britischen Politik** dar: Während Jeremy Corbyn seine innerparteiliche Position mit dem Sieg eines Vertrauten bei der Vorsitz-Wahl in Schottland weiter zementiert, zeichnet sich bei den Konservativen eine stärkere Hinwendung zu rechtspopulistischen Politikmustern ab.

Holger Blisse beschäftigt sich mit der Rolle des **Gemeinwohls in Unternehmensstrategien**.

Philipp Tzaferis hat das »**Handbuch für RevolutionärInnen**« zweier Verantwortlicher der Sanders-Kampagne gelesen und für die ZUKUNFT besprochen: Ein Muss für alle, die lernen wollen, wie **Basisarbeit** unser politisches und ökonomisches System grundlegend verändern können.

Manfred Lang bespricht das neue Buch von **Hans-Henning Scharsach** über den Einfluss der **Burschenschafter** in der **FPÖ**.

Nach den **Buchtipps** liefert **Markus Marterbauer** die Fakten zum schwarz-blauen **Budgetloch**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur



Rudolf Prenzel: Neues Rathaus, Pforzheim, Deutschland, 1962–1973
Foto: Felix Torkar 2017

Erst in den frühen 1970er Jahren erweckte das neue Rathaus die kriegszerstörte Stadtmitte Pforzheims wieder zum Leben. Nach einer langen Planungs- und Bauzeit wurde das Gebäude bereits zum Zeitpunkt seiner Einweihung 1973 als Vertreter einer vergangenen Epoche bezeichnet. Obwohl das Ensemble unter Denkmalschutz steht, wurde das Wasserspiel auf dem Marktplatz mittlerweile entfernt.

Inhalt



Graeme Gunn: Plumbers and Gasfitters Employees' Union Building, Melbourne, Australien, 1968–1971
Foto: Graeme Gunn ca. 1971

6 Das Rote Wien des 21. Jahrhunderts

VON DANIEL LEHNER, SANDRA BREITENEDER, STEFAN JAGSCH, STEFANIE VASOLD, SENAD LAČEVIĆ,

LUDWIG DVOŘÁK, IRINI TZAFERIS, PHILIPP TZAFERIS UND ARMIN PULLER

12 Die fiskalpolitische Quadratur des Kreises in Schwarzblau!

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

20 Urheberrecht vs. Kreativität im Netz

VON JOSEF WEIDENHOLZER

24 SPD for the many, not the few

VON ALEXANDER BRAUN

30 Ein Gespenst geht um in Großbritannien

VON LUDWIG DVOŘÁK

36 Das Gemeinwohl war schon da – nun hat es die Wirtschaft entdeckt

VON HOLGER BLISSE

40 Rules for Revolutionaries

VON PHILIPP TZAFERIS

44 Was Burschenschafter in der Regierung bedeuten

VON MANFRED LANG

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Schwarzes Loch und rote Blüte

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Das Rote Wien des 21. Jahrhunderts

Ein **außerordentlicher Landesparteitag** wird am 27. Jänner den künftigen Wiener SPÖ-Vorsitzenden und Bürgermeister wählen. Lange bevor die Entscheidungen über Kandidaturen getroffen waren, hat eine Gruppe von BasisfunktionärInnen diskutiert, welche inhaltlichen Weichenstellungen, unabhängig von der zu wählenden Person, getroffen werden müssten. Der nachstehende Beitrag fasst diese Überlegungen zusammen.

1. UNSER WIEN

Das Wachstum der Städte und die gleichzeitige Zunahme sozialer Ungleichheit stellt auch Wien vor enorme Herausforderungen. 100 Jahre nachdem die Wiener Sozialdemokratie die Verwaltung dieser Stadt übernommen und in jeder freien Wahl aufs Neue überantwortet bekommen hat, können wir uns nicht auf den großen Errungenschaften der Vergangenheit ausruhen. Vor 100 Jahren hat die Sozialdemokratie in Wien vorgelebt, welchen enormen Beitrag die Kommunalpolitik zu einem neuen Modell eines Zusammenlebens, zu einer gleichen, demokratischen, gerechten Gesellschaft leisten kann.

Die Herausforderung, vor der die SPÖ heute steht ist es, diese Leistung ins 21. Jahrhundert zu übersetzen. Es ist heute nicht das unfassbare Leid eines Weltkriegs, das es zu überwinden gilt. Heute steht Wien vor der Aufgabe, den sozialen Verwüstungen eines aus dem Ruder gelaufenen globalen Kapitalismus, wachsender Ungleichverteilung und der rücksichtslosen politischen und medialen Versuche der gesellschaftlichen Spaltung ein kommunales Gegenmodell entgegenzustellen.

Die WienerInnen, das sind für uns alle Menschen, die hier leben und die ein gemeinsames Interesse daran haben, dass diese Stadt uns allen und nicht einer Handvoll Immobilienentwickler und Konzernen gehört. Alle Versuche, arbeitende Menschen und ihre Familien gegeneinander zu hetzen, sind verschleierte Versuche, die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Privilegien einiger Weniger durch die Spaltung der Vielen zu bewahren. Wir stellen uns den Problemen des Zusammenlebens, aber wir tun das im Wissen und der vollen Überzeugung, dass wir die soziale Frage zu lösen ha-

ben. In Wien leben Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Was uns verbindet, ist unsere gemeinsame Zukunft, die wir zusammen, nicht gegeneinander gestalten müssen.

Die Verteilungsfragen des 21. Jahrhunderts sind gerade in den Städten auch Fragen der Verteilung von Raum und Ressourcen des Zusammenlebens. Raumplanung und Verkehrspolitik sind daher zutiefst soziale Fragen und müssen auch so diskutiert werden. Wir wollen diese Stadt demokratisch gestalten und die Entscheidung über Lebensqualität nicht den Marktkräften überlassen. Wir sind gerade in einer wachsenden Stadt mehr denn je gefordert, durch die Bereitstellung bester kommunaler Infrastruktur und durch leistbaren Wohnraum, die soziale Durchmischung und höchste Lebensqualität für alle Menschen dieser Stadt sicherzustellen. Wenn die Lebenserwartung von im Jahr 2000 geborenen Männern in Rudolfsheim-Fünfhaus um 2,5 Jahre niedriger ist als in Hernals oder wenn die Sterblichkeit Unter-65-Jähriger in Hietzing oder Döbling deutlich niedriger ist als in Favoriten oder der Brigittenau, dann zeigt das auf, wie buchstäblich lebenswichtig unser Kampf für eine Überwindung der Klassegesellschaft auch im kommunalpolitischen Alltag ist.

Mehr denn je braucht es dafür starke kommunale Betriebe und Einrichtungen, mehr denn je braucht es politische Kontrolle und Verantwortlichkeit statt Marktsteuerung und profitorientierter Willkür. Mehr denn je geht es darum, dass die WienerInnen den politischen Prozess aktiv selbst gestalten. Es sind starke und mächtige Interessen, die es für eine sozialdemokratische Alternative zu überwinden gilt. Das ist keine verwaltungstechnische Herausforderung, sie erfordert eine demokratische Revolution in dieser Stadt, um die Kraft und

Ideen der Vielen zu bündeln und wirksam zu machen. Dabei geht es, auch im Bereich der Stadt, darum, die ArbeitnehmerInnen direkt und unmittelbar an der Gestaltung der Unternehmen und ihres Arbeitsplatzes zu beteiligen.

Wie vor 100 Jahren arbeiten wir daran, dass Wien ein internationales kommunalpolitisches Vorbild dafür ist, mit Mut und Optimismus eine hoffnungsvolle Zukunft für die Vielen, nicht die Wenigen zu gestalten; dass Wien mit der Verwirklichung einer großen sozialen Vision der Politik der Spaltung, der Abgrenzung und der Hetze den Nährboden entzieht; und dass Wien nicht nur eine gute verwaltete Stadt ist, sondern mit seiner Politik die Werte einer Gesellschaft der Gleichheit, der Demokratie und der Gerechtigkeit, Tag für Tag, Stück für Stück verwirklicht.

2. KONKRETE POLITIKVORSCHLÄGE

So wie vor 100 Jahren, müssen wir auch das Rote Wien des 21. Jahrhunderts an ganz konkreten politischen Projekten erleb- und messbar machen. Dabei geht es um konkrete Problemlösungen, es geht aber auch um politische Symbole, die auf einer kommunalen Ebene unsere großen Visionen verwirklichen. So wie heute die Mauern des Karl-Marx-Hof für das Aufbauwerk des Roten Wien sprechen, sollen unsere Projekte vom Einsatz für eine gleiche, gerechte, demokratische Gesellschaft, für das Rote Wien des 21. Jahrhunderts erzählen. Die nachstehende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber greifbar machen, in welche Richtung wir diskutieren wollen:

2.1. Jeder neue Kindergarten ein städtischer Kindergarten

Wiens städtische Kindergärten haben mit Recht einen exzellenten Ruf. Wir wollen nicht, dass ein paar unzuverlässige private Anbieter weiter das großartige Betreuungsangebot in dieser Stadt in den Schatten stellen. Neben der verschärften Kontrolle bestehender Einrichtungen wollen wir den wachsenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen daher mit einem Ausbau der städtischen Kindergärten abdecken.

2.2. Inklusion durch ganztägige Betreuung und kostenloses Schulessen

Wir wollen den Ausbau des ganztägigen Betreuungsangebots, auch für jene Kinder, bei denen vielleicht ein Elternteil daheim ist, aber trotzdem bei den Aufgaben oder beim Spracherlernen nicht helfen kann. Wir wollen Ganztagsplätze in Kindergärten für alle Kinder anbieten. In den Schulen

soll ein kostenloses, gesundes Mittagessen einen Anreiz zum ganztägigen Schulbesuch und einen Beitrag zur gesunden Ernährung und besseren Konzentrationsfähigkeit leisten. In Wiener Schulen gibt es keine hungrigen Kinder! Wir wollen ein durchgängiges Schulsystem für alle Wiener Kinder von 1 bis 15!

2.3. Eingliederung statt Auslagerung

Wir reden nicht nur über die Gefahren der Privatisierung und der Prekarisierung der Arbeitswelt, wir arbeiten aktiv dagegen an: Die Stadt Wien übernimmt die hunderten MitarbeiterInnen, die teilweise seit Jahren als überlassene Arbeitskräfte tätig sind und nimmt von externen Auftragsvergaben für städtische Dienstleistungen Abstand.

Die Auftragsvergaben für Reparaturen und Dienstleistungen von Wiener Wohnen sind seit Jahren Gegenstand von Korruptionsgerüchten, die notwendigen Präventionsmaßnahmen erschweren und verzögern die zu erledigende Arbeit. Die Stadt Wien richtet daher einen Bauhof ein, um als größter Vermieter der Stadt notwendige Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten selbst abwickeln zu können.

2.4. 25.000 Gemeindewohnungen in fünf Jahren

Wien braucht mehr leistbaren Wohnraum, auch für jene, die keine Eigenmittel haben. 2015 hat Wien wieder mit dem Bau von Gemeindebauten begonnen – wir wollen neben anderen geförderten Wohnformen jedes Jahr 5.000 neue Gemeindewohnungen errichten. Doch daneben braucht es auch verbesserte Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Wohnsektor: Die Widmungskategorie „Sozialer Wohnbau“ sollte nachgeschärft werden, gleichzeitig sollte die Möglichkeit von Umwidmungsverboten die Entziehung von Wohnraum für andere, kommerzielle Zwecke erschweren.

2.5. Aktion 20.000: 10.000 neue Jobs für Wien

Eine wachsende Stadt braucht Arbeitsplätze und Personal für neue Dienstleistungen. Wiens Arbeitsmarkt ist durch die Sonderstellung Wiens und das Wachstum der Stadt besonders belastet. Die Aktion 20.000 zur Förderung gemeinnütziger Jobs für Langzeitarbeitslose über 50 hat gerade für Wien eine besondere Bedeutung und kämpfen wir mit aller Kraft gegen den von Schwarz-Blau ins Auge gefassten Diebstahl an Lebenschancen! Gemeinsam mit den Bezirken soll die Aktion im maximalen Ausmaß genutzt werden, um wichtige städtische Dienste, von der Betreuung der städtischen Grünflächen, den Schulen bis hin zur Nachbarschaftsarbeit auszubauen.

2.6. Nachbarschaftsarbeit

Zusammenleben braucht Raum – daher wollen wir die vielfältigen Angebote zusammenführen und in enger Abstimmung mit den Bezirken die Nachbarschaftsarbeit stärken. Vom Elterncafé über Indoor-Spielplätze, Lernräumen, der Öffnung von Sportstätten und der Erwachsenenbildung bis hin zu SeniorInnenangeboten: In jeder Nachbarschaft muss es Räume des Zusammenlebens geben, wo gemeinsam gelebt, gelernt, gefeiert werden kann. Die aktive Nachbarschaftsarbeit soll ausgebaut und stärker mit den Bezirken vernetzt werden.

2.7. Wien.Zusammen – soziale

Infrastruktur stärken

Die Gestaltung des Zusammenlebens braucht soziale Infrastruktur. Um bedarfsgerechte Angebote zum Ausbau sozialer Infrastruktur zu schaffen, richtet die Stadt einen Förderfonds ein, der Einrichtung und Betrieb solcher Einrichtungen in den Bezirk unterstützt. Die Gestaltung des öffentlichen Raums, von Straßen, Plätzen und Parks ist keine Frage der ideologischen Bevorzugung bestimmter Verkehrsformen, sie ist eine Frage der Herstellung sozialer Teilhabe.

2.8. Demokratie ausbauen

27% der Über-16-Jährigen sind wegen ihrer Staatsangehörigkeit vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist ein untragbarer Zustand. Wir wollen durch das kommunale Wahlrecht für alle, die seit 5 Jahren in Österreich leben oder durch den wesentlich erleichterten Zugang zur StaatsbürgerInnenschaft die Demokratie in dieser Stadt stärken.

2.9. Unabhängige Medien statt Stimmungsmache

Wien gibt viel Geld für Inserate aus und stellt in öffentlichen Verkehrsmitteln zu unverhältnismäßig niedrigen Preisen die Infrastruktur für Gratis-Medien zur Verfügung. Die dadurch erzielte Medienmacht wird vielfach zur Maximierung des eigenen wirtschaftlichen Vorteils, gegen sozial fortschrittliche Politik und damit zur Schwächung demokratischer Strukturen eingesetzt. Wir wollen die Ausgaben für Inserate halbieren und Entnahmeboxen für kommerzielle Medien aus den Wiener Öffis verbannen. Die andere Hälfte der derzeit für Inserate genutzten Budgets sollen für den Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Print- und Online-Massenmediums genutzt werden, mit einem Redaktionsstatut, das tatsächliche Unabhängigkeit der Berichterstattung garantiert.

2.10. Gleichstellung jetzt!

Frauen sind die Hälfte der Wiener Bevölkerung, aber sie sind

noch immer in vielen wesentlichen Bereichen, von Einkommen über soziale Absicherung bis zur Verteilung des öffentlichen Raums schlechter gestellt als Männer und in deutlich höherem Ausmaß von Gewalt und Diskriminierung betroffen. Frauenpolitik ist daher kein Sonderthema, sondern muss in allen Bereichen städtischer Politik auf Grundlage unserer feministischen Grundsätzen konkret umgesetzt werden, von der gendergerechten Stadtplanung, der Personalpolitik der Stadt bis hin zur Sozialpolitik.

Wir kämpfen aber auch dafür, dass Menschen jeder sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Orientierung in Wien ein Leben nach den eigenen Vorstellungen und frei von jeder Angst vor Diskriminierung und Hassverbrechen führen.

2.II. Investition statt Austerität

Manche der oben beschriebenen Maßnahmen sparen Geld oder sind kostenneutral, viele wichtige Infrastrukturmaßnahmen brauchen aber auch erhebliche Mittel. Städte wachsen nicht zum Nulltarif. Wien muss steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten stärker nutzen (Infrastrukturabgabe, Grundsteuer). Der Stabilitätspakt muss den Bedürfnissen wachsender Städte angepasst werden. Städte in teure PPP-Projekte zu zwingen, ist untragbar.

3. SPÖ WIEN: SELBSTVERSTÄNDNIS UND FUNKTION

Um Wien zu verändern und bei den Wahlen 2020 erfolgreich zu sein, muss sich auch unsere Partei verändern.

3.1. Die Partei der Solidarität

Die Wiener SPÖ steht kompromisslos an der Seite der Menschen dieser Stadt. Wir schauen nicht zu, wie Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sozialen Stellung gesellschaftlich ausgeschlossen werden. Wir kämpfen entschlossen gegen soziale Ungleichheit, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus, gegen religiösen und nicht-religiösen Rechtsextremismus. Wir zeigen gegenüber Spaltern unserer Gesellschaft Haltung, weil ein Nachgeben ihnen gegenüber kein denkbarer taktischer Zug, sondern ein Verrat an unseren Grundwerten ist.

3.2. Die Partei der demokratischen Mitgestaltung

Die SPÖ muss als Partei offener werden und die Vielfalt der Gesellschaft stärker widerspiegeln. Wir brauchen eine offene und demokratische Diskussionskultur, auch als Anreiz zum Mitmachen. Was auf einem Wiener Landesparteitag beschlossen wird, verschwindet nicht in Schubladen, sondern be-

stimmt die Richtung, in die sich unsere Stadt entwickelt.

Der Parteivorsitzende soll in einer Urabstimmung bestellt werden, die Bezirkskonferenzen sollen Mitgliederversammlungen werden. Die SPÖ ist kein Bürgermeisterwahlverein und auch kein Anhängsel von Boulevardmedien. Wir vertreten politische Grundsätze, die inhaltliche und theoretische Diskussion ist Grundlage unserer praktischen, den Interessen der Menschen dienenden Arbeit.

3.3. Die Mitmach-Partei

Demokratische Mitgestaltung setzt auch, aber nicht nur bei Beschlussfassungen an. Die Basisstrukturen sind unverzichtbarer Anknüpfungspunkte der Bewegung vor Ort. Die SPÖ setzt verstärkt Ressourcen ein, um den Aufbau und die Weiterentwicklung ihrer Basisstrukturen (Sektionen) zu stärken und Mitmach-Angebote vor Ort zu schaffen. Daneben müssen bestehende und neue Strukturen für inhaltliche, digitale und kurzfristigere Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden.

3.4. Die Grätzel-Partei

Die SPÖ muss die Partei des Zusammenlebens sein und noch stärker als jetzt schon in den Gemeindebauten präsent sein. Wer in der SPÖ mitarbeitet, arbeitet an seinem Grätzel, an Wien, an einer besseren Welt mit. Die Wiener SPÖ setzt verstärkt Ressourcen ein, um diese Arbeit zu unterstützen, den Austausch von Ideen und Umsetzungskonzepten zu fördern und die praxisnahe Vernetzung mit dem breiten Angebot befreundeter und nahestehender Organisationen zu nutzen oder entsprechende Angebote neu zu entwickeln.

3.5. Die Partei als Bewegung

Die SPÖ steht stolz zu ihrer Tradition als Partei der arbeitenden Menschen und nimmt diese Rolle verstärkt wahr. Gleichzeitig arbeitet sie eng und auf Augenhöhe mit NGOs, BürgerInneninitiativen und Einzelpersonen zusammen, die unsere Ziele einer gleichen, gerechten, demokratischen Gesellschaft jenseits des entfesselten globalen Kapitalismus, einer lebenswerten, solidarischen, ökologischen Stadt ganz oder teilweise teilen.

Wir verstehen unsere Überlegungen als Beitrag zu einer umfassenden Debatte, wie wir als Sozialdemokratie 2020 und darüber hinaus diese Stadt erfolgreich gestalten können. Wir meinen, es ist dringend erforderlich, diese Diskussion zu vertiefen, um mit einem klaren politischen Programm den zu erwartenden Angriffen der schwarz-blauen Regierung begegnen zu können.



DANIEL LEHNER, SANDRA BREITENEDER und STEFAN JAGSCH

ist in der Sektion Europa und Internationales der SPÖ Ottakring aktiv.

STEFANIE VASOLD

ist Vorsitzende der SPÖ-Frauen Josefstadt.

SENAD LAČEVIĆ

ist Vorsitzender der Volkshilfe Neubau.

LUDWIG DVOŘÁK

ist Vorsitzender der SPÖ-Sektion Obere Wieden.

IRINI TZAFERIS

ist stv. Vorsitzende der SPÖ-Sektion Alt-Erdberg.

PHILIPP TZAFERIS

ist Vize-Präsident der Europäischen JungsozialistInnen (YES).

ARMIN PULLER ist Vorsitzender der Gesellschaft für Geistes- und Sozialwissenschaft im BSA.

SOS BRUTALISMUS

DEUTSCHES ARCHITEKTURMUSEUM

Rettet die Betonmonster!

Mit dieser Ausstellung zeigt das Deutsche Architekturmuseum gemeinsam mit der Wüstenrot Stiftung erstmals die brutalistische Architektur der 1950er bis 1970er Jahre im weltweiten Überblick.

Deutsches Architekturmuseum (DAM)
Schaumainkai 43, 60596 Frankfurt Am Main
Bis 2. April 2018
www.dam-online.de
Projektwebsite: www.SOSBrutalism.org





Alfred Neumann / Zvi Hecker / Eldar Sharon: Rathaus, Bat Yam, Israel,
1961–1963, Foto: Zeev Hertz, ca. 1966

Die fiskalpolitische Quadratur des Kreises in Schwarzblau

Wolfgang Edelmüller hat nachgerechnet, was die schwarz-blauen Budgetversprechen bedeuten würden und kommt dabei zu einem klaren Ergebnis: Die budget-, wachstums- und steuerpolitischen Ansagen sind ökonomisch inkompatibel und wirtschafts- und verteilungspolitischer Wahnsinn.

Die Neublauen in der ÖVP mit ihrer türkisen Fassadebehübschung der alten Bünde- und Föderalpartei, haben die vorgezogene Nationalratswahl 2017 klar gewonnen. Aber weder das vordergründige Farbenspiel der Veränderungsinszenierung noch die Rettung erheischenden Ergebnissbekundungen der schwarzen Granden an den jugendlich-telegenen »Bewegungsführer« Sebastian Kurz haben den Ausschlag gegeben. Vielmehr verdankt die weit nach rechts gerückte, und ihren christlich-sozialen Wurzeln weitgehend entfremdete, ÖVP diesen Erfolg der fokussierten »one issue«-Wahlkampagne, die hinter der fadenscheinigen Camouflage »Liste Sebastian Kurz-Die neue Volkspartei« den alles beherrschenden Themenkomplex: Flüchtlinge, Asyl, Migration, Integration, Islam und Türkei rechtspopulistisch bespielt hat.

Gegen die rechtsgewendete Imitationspolitik samt anti-muslimischem Kulturkampfgetöse der Kurz-ÖVP hatten SPÖ und FPÖ aus unterschiedlichen Gründen kaum eine Chance. Sie hat einen mehrheitlichen Meinungstrend wahlpolitisch bedient und zugespitzt, der durch die affektiven Einflüsse von Angstmacherei, Hetze und Diskriminierung langfristig aufbereitet wurde. Wobei die vorurteilsgesättigten Mittel der Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie, des Sozialneids und »Hinnuntertretens«, der EU- und Euro-Ablehnung (Öxitfantasien), der Abschreckung und Abschottung sowie der Realitätsverweigerung (Fakes, Verrat und Verschwörung) unter hechelnder Beteiligung von Boulevard und Social Media forciert zum Einsatz kamen. Und diesen Trend haben der im Fach der politischen Mimikry »talentierter Herr Kurz« und seine rechtskonservative Koterie frühzeitig für sich entdeckt und vor dem Hintergrund der 2015 massiv beschleunigten Flüchtlingsbewegung salonfähig bis in die Regierungsgagende gemacht.

UNZUREICHENDE GEGENSTRATEGIE

Leider hat die SPÖ seit der abrupten Faymann-Wende in der Flüchtlingspolitik keine eigenständige und aufklärerische Gegenstrategie entwickelt, sondern sich dem Mehrheitstrend angepasst und am »Ostflügel« der Partei den rechtspopulistischen Mond angeheult. Damit hat sie ihre sozialdemokratische Wahlbewegung des sachpolitischen Themendiskurses selbst unterlaufen, was weit schwerer wiegt als die in der Wahlkampforganisation kurzfristig zu Tage getretenen Professionalitätsmängel. Obwohl die in Wahlkämpfen neuerdings Kreide fressende FPÖ von ihrem gelehrigen Nachahmer Kurz letztlich vom Podest der notorischen Umfragesiegerin gestoßen wurde, konnte sie sich im Wohlgefühl der Bevorzugung ihrer Agenda durch eine satte WählerInnenmehrheit als drittplatzierte Kanzlermacherin einrichten und den Anspruch auf Regierungsbeteiligung erheben. Die unter Wiederholungsverdacht stehende Regierungskoalition in Schwarzblau (oder Neublau-Altblau) scheint eine ausgemachte Sache.

Auch die WählerInnenstromanalyse (SORA-Hochrechnung) liefert Hinweise, wie sehr der Kurz'sche Ritt auf der rechtspopulistischen Propagandawelle als Diskursbarriere gegen den sachpolitischen Themenwettbewerb der Sozialdemokratie gewirkt hat. Die ÖVP konnte sowohl einen Teil ihrer bereits zur FPÖ, dem Original des Rechtspopulismus österreichischer Provenienz, abgedrifteten WählerInnen zurückholen, als auch die floatierenden ehemaligen BZÖ- und TS-AnhängerInnen weit stärker als die SPÖ, wenngleich deutlich hinter der FPÖ, an sich binden. Dagegen hat die SPÖ nochmals WählerInnen an die FPÖ verloren, ohne mit ihren Erfolgen bei der Mobilisierung der zahlenmäßig stark zurückgegangenen NichtwählerInnen einen hinreichenden Ausgleich zu schaffen. Erst der vor ÖVP, Liste Pilz und Neos liegende Zustrom

von GrünwählerInnen, die von ihrer krisengeschüttelten Partei verlassen wurden und für richtungweisende Sachpolitik zugänglich sind, haben der SPÖ ihren Gesamtstimmenzuwachs gesichert, allerdings abgeschlagen hinter ÖVP und FPÖ. Wenn das Erfolgsrezept sozialdemokratischer Parteien in einer programmatischen WählerInnenallianz zwischen den vergleichsweise gut situierten, gebildeten und zumeist urbanen Mittelschichten und den sozial benachteiligten »unteren Mittelschichten« besteht, dann ist der SPÖ diese WählerInnenzusammenführung vor allem bei den ehemaligen StammwählerInnen nicht ausreichend gelungen.

SOZIALDEMOKRATISCHES PROFIL SCHÄRFEN

Gegen die rechtspopulistische Themenüberlagerung ist die SPÖ mit ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zukunftsprojekten aus dem »Plan A«, die auch die sozial-ökonomische Benachteiligung gerade der in Bewegung geratenen WählerInnengruppen ins Auge gefasst haben, offenbar nicht mehr durchgedrungen. Und daher haben die beinahe identen wirtschaftspolitischen Wahlprogramme von ÖVP und FPÖ, die von Kurz in wohl dosierten Portionen und von Strache in zweitrangigen Verlautbarungen verabreicht wurden, gar kein entscheidendes Diskussionsgewicht erhalten. Deshalb konnten auch die bis ins Absurde gesteigerten Versprechungen aus dem Repertoire des neoliberalen Konformismus (»Mehr privat, weniger Staat«) in der Wahlauseinandersetzung nur mit Mühe und kaum wahlentscheidend dekuvriert werden. Die Nagelprobe wird erst im Regierungsprogramm der schwarzblauen Koalition und der daraus resultierenden Konfrontation erfolgen. Für die mutmaßlich oppositionelle SPÖ ist das die erste Gelegenheit, um ihr sozialdemokratisches Profil weiter zu schärfen.

SCHWARZ-BLAUE ABSICHTSERKLÄRUNGEN

Der schwarzblaue Gleichklang in der Fiskalpolitik hat für die nächste Legislaturperiode 2017-2022 massive Steuersenkungen für unterschiedliche Zielgruppen in Aussicht gestellt, die bei einigermaßen realistischer Betrachtung Budgeteinsparungen von annähernd EUR 14 Mrd. erforderlich machen werden. Gleichzeitig soll über das anzustrebende Nulldefizit (das verschuldungswirksame Budgetdefizit der fünfjährigen Vorperiode 2012-2016 beträgt kumuliert EUR 40 Mrd.) der Schuldenausweitung Einhalt geboten werden. Dank einer »Ausgabenbremse« mit im Detail unterschiedlichen »Bremswegen«, aus der die notwendige »Gegenfinanzierung« für die Steuerzufälle und die defizitvermeidende Schuldenkonsolidierung

dargestellt wird, soll eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40% (2016: 42,9%) dauerhaft gewährleistet werden.

Die ÖVP, von der neoliberalen Schuldenphobie deutlich schwerer angekränkt als die FPÖ und daher auch dem furchterregenden Nonsense der »impliziten Staatsverschuldung« nicht abgeneigt, geht einen Schritt weiter und verspricht obendrein die Reduktion der Staatsschuldenquote »langfristig über mehrere Legislaturperioden hinweg« auf das Maastricht-Niveau von 60%.

AUSGANGSBEDINGUNGEN

Den vagen Begriff »mehrere Legislaturperioden« könnte man – ohne unfair zu sein – mit vier Legislaturperioden (20 Jahre) konkretisieren, sodass Schwarzblau in den kommenden fünf Jahren bei linearem Reduktionsverlauf die Staatsschuldenquote von 83,6% in 2016 auf 78,9% in 2021 (letztes Jahr vor der nächsten, regulären Nationalratswahl) verringern müsste. Die relevanten Nominalgrößen auf gerundeter Zahlenbasis 2016 (Statistik Austria, Stand 26.09.2017) umfassen für das BIP: EUR 353 Mrd., das Steuer- und Abgabenaufkommen: EUR 151 Mrd. (42,9% des BIPs = Steuer- und Abgabenquote), die staatlichen Gesamteinnahmen: EUR 173 Mrd. (49% des BIPs = Staatseinnahmenquote), die staatlichen Gesamtausgaben: EUR 179 Mrd. (50,7% des BIPs = Staatsausgabenquote), das Budgetdefizit (staatliche Einnahmen/Ausgaben-Differenz): EUR 6 Mrd. (1,7% des BIPs) und die staatliche Gesamtverschuldung: EUR 295 Mrd. (83,6% des BIPs = staatliche Gesamtverschuldungsquote).

MÖGLICHE FOLGEN DER STEUERSENKUNG

Nimmt man die Versprechungen des schwarzblauen Tandems ernst, dann müsste trotz des durch Budgeteinsparungen gegenfinanzierten Steuersenkungsaufwands von EUR 14 Mrd. und des angestrebten Nulldefizits die österreichische Volkswirtschaft genügend wachsen, um die mit dem Defizitabbau schrittweise stabilisierte Gesamtverschuldung bis 2021 um 4,7% auf eine BIP-Quote von 78,9% zu senken. Denn zunächst verschiebt die durch Ausgabenkürzungen gegenfinanzierte Steuersenkung nur Nachfrage vom staatlichen zum privaten Sektor. Die Wachstums- und Beschäftigungsauswirkungen hängen ganz entscheidend von den Verteilungseffekten und Multiplikatoren dieser Nachfrageverschiebung ab. Wird die Steuersenkung nach unten zu den niedrigen Einkommen mit hoher Konsumneigung (allenfalls auch durch Formen der »negativen Einkommenssteuer« z.B. durch eine pauschale Mehrwertsteuerrefundierung an Nichtsteuerpflich-

tige) verteilt und durch Ausgabenkürzungen mit negativen Einkommenseffekten im oberen Einkommensbereich finanziert, wird die effektive Gesamtnachfrage wachstums- und beschäftigungswirksam gestützt. Wird aber die Steuersenkung nach oben zu den hohen Einkommen mit hoher Spar- oder Entschuldungsneigung verteilt und durch Ausgabenkürzungen mit negativen Einkommenseffekten im unteren Einkommensbereich (z. B. Senkung von Mindestsicherungs- und sonstigen Sozialausgaben wie in den schwarzblauen Steuerkonzepten) finanziert, wird die effektive Gesamtnachfrage wachstumsdämpfend mit Arbeitslosigkeitsfolgen geschwächt, weil ein Teil der Steuersenkung in den Vermögenssalden des Privatsektors (Finanzvermögensaufbau oder Verschuldungsabbau) verpufft. Die Ausgabenkürzungen zur Beseitigung des Budgetdefizits hingegen haben auf jeden Fall negative Folgen für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung, deren Ausmaße allerdings von den einkommensabhängigen Spill-Over-Effekten auf die Gesamtnachfrage bestimmt werden. Sie sind umso geringer, je stärker die Ausgaben an EmpfängerInnen im oberen Einkommensbereich gekürzt werden und vice versa.

WACHSTUMSANNAHMEN

Unter der moderaten Annahme, dass durch das Steuersenkungsprogramm von Schwarzblau trotz des angestrebten Nulldefizits das nominale Wachstum in der kommenden Regierungsperiode 2017–2021 auf einem durchschnittlichen Jahresniveau von 3% gehalten werden kann, erhöht sich das zu laufenden Preisen bewertete BIP bis 2021 auf EUR 409 Mrd. Das entspricht bei einer jahresdurchschnittlichen vPI-Inflation von 1,5% einer realen Wachstumsrate von ebenfalls 1,5%, womit das zu Preisen des jeweiligen Vorjahres bewertete BIP gegenüber dem Durchschnitt der fünfjährigen Vorperiode 2012–2016 (0,8%) fast doppelt so schnell wachsen würde. Bei gleichmäßig annualisiertem Abbau des Budgetdefizits bis zu einem ausgeglichenen Haushalt 2021 stabilisiert sich die Gesamtverschuldung bei einem Ausmaß von EUR 307 Mrd., sodass die Staatsschuldenquote einsparungs- und wachstumsbedingt auf 75,1%, also deutlich unter den angenommenen Reduktionspfad (2021: 78,9%), sinken würde.

FANTASTISCHE THEORIEN

Dieses Ergebnis reflektiert das neoliberale Phantasma des »Ricardo-Effekts«, eine Art Wachstumsantrieb durch Austeritätspolitik, das den schwarzblauen Konzepten zur Wirtschaftspolitik implizit zugrunde liegt. Demnach schaffen Sparpolitik und Staatsschuldenabbau in Verbindung mit Steuerprivilegien

für die oberen Einkommensklassen (z. B. Steuerfreistellung nicht entnommener Gewinne) erst jenes Vertrauen, das den privaten Sektor bei erhöhter Verschuldungsbereitschaft zu steigender Investitionstätigkeit anregt, wofür dann die am Kapitalmarkt aus der sinkenden Beanspruchung durch den Staat freiwerdenden Ersparnisse (»loanable funds«) zinsgünstig zur Verfügung stehen (»crowding-in«). Über die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte profitieren schließlich auch die lohnabhängigen EinkommensbezieherInnen vom privaten Investitionsboom (»trickle-down«).

Diese erfahrungswidersprüchliche Theorie vermag neben einigen makroökonomischen Kopfständen in Bezug auf die Funktion von Finanzmärkten (besonders der Kredit- und Anleihenmärkte) nicht zu erklären, wie das unternehmerische Vertrauen bei spürbar negativen Nachfrageeffekten einer restriktiven Budgetpolitik, die durch Erwartungspessimismus der in Aussicht gestellten Steuerschonung potenzieller Gewinne entgegenwirken, aufrecht erhalten werden kann. Das Konstrukt funktioniert nur dann, wenn man eine Art »Gewinnillusion« unterstellt, sodass die negativen Umsatz- und Ergebnisauswirkungen einer sinkenden Nachfrage ohne Einfluss auf die investitionsentscheidende Erwartungsbildung bleiben. Zur Not investieren sich die Unternehmen dann auch in den Bankrott. Dagegen lehrt die Empirie, dass man aus den Staatsschulden im Verhältnis zum nominalen BIP viel schneller herauswachsen kann, als man sich jemals heraussparen könnte, weil der durch Budgeteinsparungen finanzierte Schuldenabbau nachfragebedingt als Wachstumsbremse wirkt und die Reduktionskurve der Verschuldungsquote abflacht. Auch im gegenständlichen Beispiel überwiegt der Wachstums- den Budgetkonsolidierungsbeitrag zur Reduktion der Verschuldungsquote um annähernd das Dreifache.

Bei proportionaler Übertragung (*ceteris paribus*) der angenommenen Wachstumsdynamik auf die BIP-Quoten des Staatshaushalts unter Berücksichtigung einer aus Budgeteinsparungen finanzierten Steuersenkung um EUR 14 Mrd. sinkt bei gleichmäßigem Abbau des Budgetdefizits (Nulldefizit bis 2021) die Steuer- und Abgabenquote auf 39,5% und die Staatsausgabenquote auf 45,6%. Denn zur Überwindung des Budgetdefizits (*ceteris paribus*: EUR 7 Mrd.) müssen zusammen mit dem Steuersenkungsaufwand (versprochen: EUR 14 Mrd.) 2021 im Vergleich zum Ausgangsjahr 2016 insgesamt bereits EUR 21 Mrd. eingespart werden. Die Staatsausgaben steigen daher unterproportional zum nominalen BIP-Wachstum von EUR 56 Mrd. (ku-

muliert 15,9%) nur mehr um EUR 7 Mrd. (kumuliert 3,9%), was bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,5 % einem realen Ausgabenrückgang von jährlich 0,8 % entspricht. Die »Ausgabenbremse« führt daher in Verbindung mit der »Schuldenbremse« (Nulldefizit zur Vermeidung einer proportionalen Schuldenausweitung) zu tiefen Einschnitten in das Ausgabengefüge des gesamtstaatlichen Budgets, die im Hinblick auf das Gewicht der Staatsausgabenquote für die effektive Gesamtnachfrage nicht anders als wachstums- und beschäftigungshemmend wirken können. Schwarzblau wird daher (wie schon die Nulldefizit-versessene Vorgängervariante 2000–2006) wegen der wirtschaftspolitischen Inkompatibilität ihrer Versprechungen (Steuersenkung, Senkung der Steuer- und Abgabenquote, Nulldefizit, Reduktion der Verschuldungsquote, Ausgabenbremse, Schuldenbremse) selbst den angenommen, ohnehin moderaten Wachstumspfad nicht erreichen können, womit das Steuersenkungskonzept in sich zusammenbricht.

Dem rezessiven Sog des austeritätspolitischen Sparparadoxons könnte die schwarzblaue Regierung teilweise entkommen, wenn sie den wachstumsbedingten Verschuldungsspielraum auf Grund des sehr langfristig angelegten Reduktionsverlaufs der Staatsschuldenquote (2021: 78,9%) nützt, und den Defizitabbau um ein zusätzliches Neuverschuldungsmaß von EUR 16 Mrd. ($78,9\% - 75,1\% = 3,8\%$ von EUR 409 Mrd.) verzögert, sodass der Budgetsaldo 2021 nicht die »schwarze Null«, sondern noch immer einen Abgang von EUR 4,8 Mrd (Defizit: 1,2%) ausweist. Ein ähnliches Gegengewicht würde eine forcierte Steuersenkung bis zur negativen Einkommenssteuer im unteren Einkommensdrittel bewirken, was aber eine Abkehr von der versprochenen Struktur der schwarzblauen Steuersenkungskonzepte bedingen würde.

EIN BLUT-, SCHWEISS- UND TRÄNEN-PROGRAMM

Budgeteinsparungen zur Gegenfinanzierung von Steuersenkungen und Beseitigung des Budgetdefizits, die einer linearen »Ausgabenvollbremsung« ziemlich nahe kommen, sind natürlich vollkommen illusionär. Sie würden beispielsweise bedeuten, dass es über fünf Jahre kaum Teuerungsabgeltungen (kumuliert 7,95% unter der obigen Inflationsannahme) etwa für die Staatsbediensteten und die PensionistInnen geben würde, die diesen Realeinkommensverlust aus den Nettoeinkommenseffekten der Steuersenkung kompensieren müssten. Bei den gegebenen, sozial abträglichen und wachstumshemmenden Verzerrungen der Steuersenkungskonzepte von Schwarzblau, die dem mittleren bis oberen Einkommensbereich Vorteile bringen (vor allem großen, profitablen Ka-

pitalgesellschaften, die ihren Unternehmenswert vermögens- und erbschaftssteuerfrei steigern können, während bei den »vergesellschafteten« KMUs und EPUs die UnternehmerInnen vom »Unternehmerlohn« in Form von jeweils versteuerten Geschäftsführergehältern oder Entnahmen leben!), werden die unteren, steuerbefreiten und sozialtransferabhängigen Einkommen vorhersehbar auf der Strecke bleiben und Einschnitte hinnehmen müssen. Die Niedrigeinkommen geraten aus beiden Richtungen unter Druck, durch die bereits gegebene Steuerbefreiung können sie keine Steuersenkung lukrieren und durch die Abhängigkeit von monetären Transferleistungen stehen sie im Fokus der »Gegenfinanzierung« (Ausgabenbremse oder Kürzungen), die bei der FPÖ unter »Optimierung« (z.B. EUR 3,8 Mrd. im Sozialbereich) und bei der ÖVP unter »Systemeffizienz« (z.B. EUR 4 Mrd. im Sozial- und Verwaltungsbereich) firmieren. Von der, die versprochene Steuersenkung samt Nulldefizit begleitenden, Budgetstrukturpolitik (Verteilung der Einkommensvorteile aus der Steuersenkung und der Einkommensnachteile aus der »Gegenfinanzierung« der Steuernachlässe und des Defizitabbaus) der schwarzblauen Regierung wird abhängen, was »neue Gerechtigkeit« konkret bedeutet. Und wie die daraus resultierenden Wachstums- und Beschäftigungseffekte überhaupt die fiskalische Basis für eine substantielle Steuersenkung unter gleichzeitiger Reduktion der Steuer- und Abgabenquote sowie der Staatsschuldenquote ermöglichen. Man darf gespannt sein, wie sich die fiskalpolitische Quadratur des Kreises in Schwarzblau im Regierungsprogramm konkret widerspiegeln wird.

Die Sozialdemokratie könnte sich dagegen auf die »alte Gerechtigkeit« (in diesem Fall: Steuergerechtigkeit) besinnen und ausgehend von der Steuerfreistellung aller Einkommen bis EUR 1.500 brutto pro Monat (vereinbartes Mindestlohniveau bis 2020) die Jahreseinkommensstufe für den Eingangsteuersatz auf EUR 21.001 (14×1.500) anheben und die folgenden Einkommensstufen samt Grenzsteuersätzen so weit nach oben glätten, dass im unteren Drittel der dann steuerpflichtigen EinkommensbezieherInnen eine spürbare Reduktion des Durchschnittssteuersatzes erfolgt. Und gleichzeitig könnte man die steuerbefreiten Einkommen bis zur Grenze des Eingangsteuersatzes einer Abgabenprogression für die Sozialversicherungsbeiträge der ArbeitnehmerInnen unterziehen, sodass diese Einkommen bis zur Hälfte (EUR 10.500) auch abgabenbefreit sind. Ergänzen müsste man diese Maßnahmen mit einer diskretionären Milderung der »kalten Progression«, um dem unteren und mittleren Drittel der steuerpflichtigen Ein-

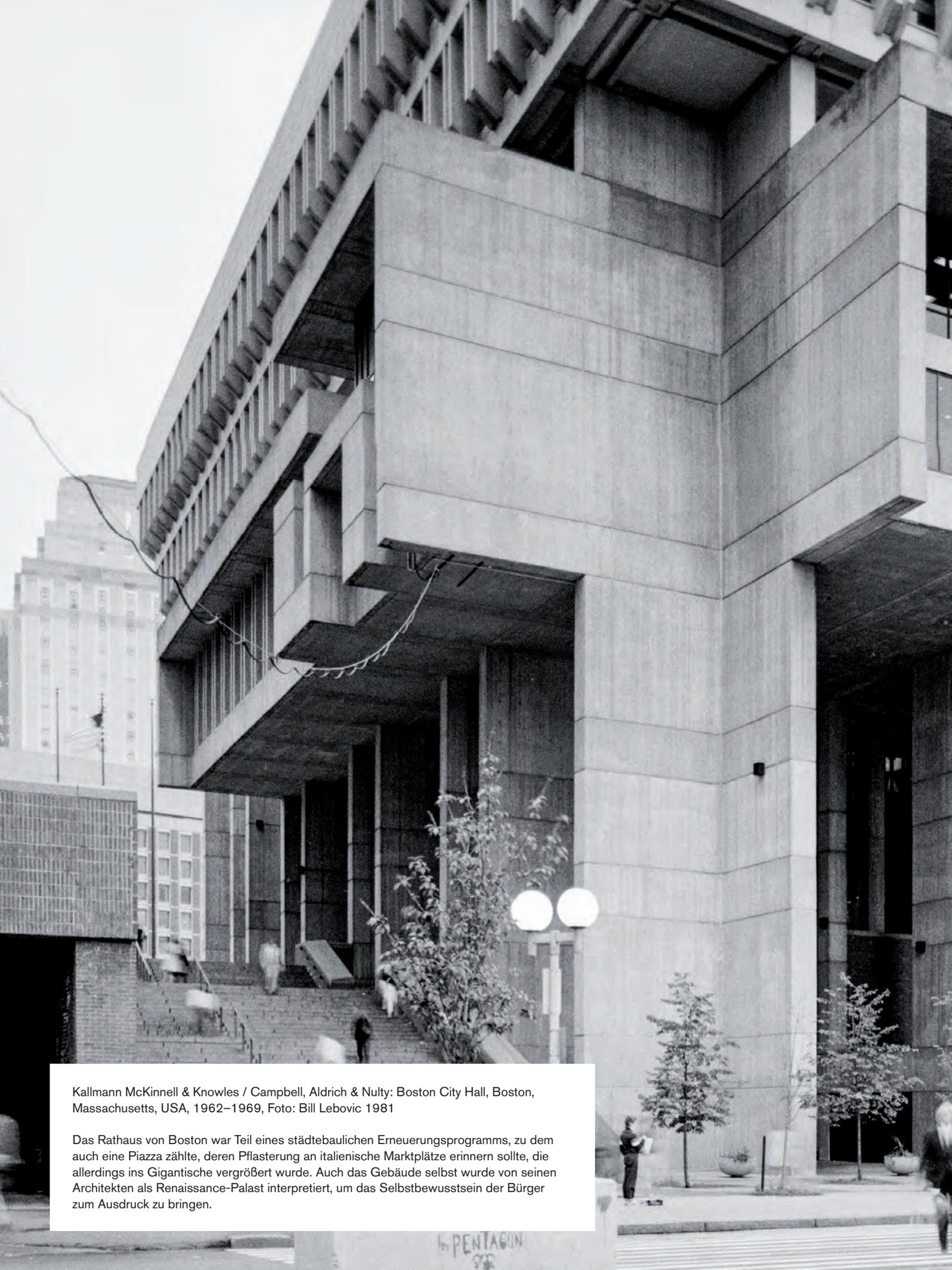
kommensbezieherInnen nach gestaffelten Schwellenwerten für den Index der effektiven Lohn- und Gehaltsentwicklung einen regelmäßigen Nettoeinkommensausgleich zu sichern. Ohne durchgerechnet zu haben, wie hoch für ein solches oder ähnliches Steuersenkungskonzept als Gegenentwurf zur schwarzblauen Steuerprivilegierung der höheren und hohen Einkommen der dadurch bedingte Steuer- und Abgabenausfall zu veranschlagen ist, scheint eines gesichert: Dass bei Gegenfinanzierung aus budgetären Einsparungsmaßnahmen mit negativen Einkommenseffekten topdown im oberen Einkommensdrittel und einem gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt limitierten Budgetdefizit die durch gestärkte Gesamtnachfrage ausgelösten Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse ausreichen, um auch die Staatsschulden- sowie die Steuer- und Abgabenquote zu senken. Wenn man diesen neoliberalen Obsessionen überhaupt Bedeutung beimessen will ... 

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.



Alexander Belokon / V. Sulimova: Wohnhochhaus
Gosstroj, Baku, Aserbaidshan, 1975, Foto: Simona Rota 2011



Kallmann McKinnell & Knowles / Campbell, Aldrich & Nulty: Boston City Hall, Boston, Massachusetts, USA, 1962–1969, Foto: Bill Lebovic 1981

Das Rathaus von Boston war Teil eines städtebaulichen Erneuerungsprogramms, zu dem auch eine Piazza zählte, deren Pflasterung an italienische Marktplätze erinnern sollte, die allerdings ins Gigantische vergrößert wurde. Auch das Gebäude selbst wurde von seinen Architekten als Renaissance-Palast interpretiert, um das Selbstbewusstsein der Bürger zum Ausdruck zu bringen.

PENTAGON
99



Urheberrecht vs. Kreativität im Netz

Verlinken, teilen oder neu Zusammenfügen bestehender Werke sind Alltagshandlungen der digitalen Gesellschaft, die sich häufig im Graubereich der Legalität bewegen. Bei der angelaufenen Modernisierung des Urheberrechts sieht EU-Abgeordneter Josef Weidenholzer einige Gefahren für die Grundrechte der Nutzer.

Hinter uns liegt ein Jahr des digitalen Umbruchs. Die neuen Technologien verändern nicht nur unser soziales Leben nachhaltig, sondern auch die Art wie kreative Inhalte produziert, verbreitet und genutzt werden. Es ist wichtig, das Urheberrecht an das neue Nutzerverhalten anzupassen, für ein Europa, das auch in der digitalen Zukunft die kulturelle Vielfalt ermöglicht. Im vergangenen Jahr sind einige wichtige Entscheidungen für die digitale Zukunft gefallen. Ein großer Durchbruch war die Richtlinie für ein Ende des Geoblockings. Ab dem nächsten Frühjahr sind Anbieter von kostenpflichtigen Streaming-Abos verpflichtet, die volle grenzüberschreitende Portabilität der abonnierten Inhalte wie bei Filmen, Sportübertragungen, Musik, E-Books und Spielen innerhalb Europas sicherzustellen. Für 30 Millionen blinde Menschen in der EU wird es außerdem mehr Angebote für digitalisierte Bücher geben. Als nächstes steht die Reform des Urheberrechts an, das dringend an die Digitalisierung angepasst werden muss.

EVOLUTION VOM KONSUMENTEN ZUM MACHER

Memes, GIFs, Fan Fiction, das alles ist längst Teil der Alltagskultur im digitalen Leben, dabei werden kleine Teile von kreativen Werken verwendet, ohne Schaden zu verursachen, im Gegenteil: Diese Remixes steigern meistens sogar die Bekanntheit und den kommerziellen Erfolg des Originals. Die Nutzer sind nicht nur mehr passive Konsumenten, sondern aktive Zulieferer von Inhalten deshalb benötigen sie endlich Rechtssicherheit für ihr Handeln. Das Urheberrecht stellt sicher, dass Autoren, Komponisten, Künstler, Filmschaffende und andere Werkproduzenten Anerkennung, Entlohnung und Schutz für ihre Arbeit erhalten. Das entlohnt nicht nur kreatives Schaffen, sondern ist auch ein Impuls für Investitionen in den Kreativsektor. Bis zu 70 Jahre nach dem Tod des Rechteinhabers bleibt das geistige Eigentum nach euro-

päischem Recht geschützt. Jegliche Verwendung des geistigen Eigentums müsste bis zu diesem Zeitpunkt also mit dem Urheber oder dessen Erben vereinbart werden. In der Praxis herrscht einige Verunsicherung über das Urheberrecht. Vor allem im Internet scheinen es viele damit nicht so genau zu nehmen. Für Private Blogs, Youtube-Clips und Remixes von Musikstücken werden hier nonchalant Teile von geschützten Inhalten für die eigenen Zwecke verwendet. Doch auch für diese private, nicht-kommerzielle Nutzung ist streng genommen eine Einwilligung der Urheber nötig. Auf Youtube findet man allerlei kreative Arbeiten, die nicht möglich wären, würden die User das Urheberrecht, wie es im Buche steht, befolgen. Mit der vagen Phrase »No Copyright Intended« versuchen Millionen verunsicherte Nutzer sich gegen rechtliche Belange abzusichern. Das impliziert, dass die User zwar wissen, dass ihr Handeln nicht hundertprozentig rechtens ist, dennoch versuchen sie, sich mit dieser Floskel gegen eventuelle rechtliche Verfolgung abzusichern. Die Crux mit dem Urheberrecht ist allerdings, dass sich selbst sogenannte Experten über die Auslegung der Rechtslage nicht immer einig sind. Das gilt für das Leistungsschutzrecht auch bekannt als »Ancillary Copyright« ebenso wie für die geplante Einführung von verpflichtenden Upload-Filtern.

ALLE ZAHLEN AUSSER GOOGLE?

In diesen beiden Bereichen gehen für mich die Vorschläge der Kommission in die falsche Richtung. Wenn sie in der aktuellen Form beschlossen werden, hätte das schwerwiegende Folgen für die Meinungsfreiheit und Vielfalt im Netz. Im Fall des Leistungsschutzrechts soll der systematische Zugriff auf verlegerische Leistungen durch Suchmaschinen wie Google beschränkt werden. Diese Idee wurde in Spanien und Deutschland bereits getestet. Dort versuchten große Nachrichtenverlage, Google News die Verwendung von Text-

ausschnitten und Bildern in Rechnung zu stellen. Doch das Gesetz scheiterte an der Praxis, denn Google stoppte einfach die Verwendung der betroffenen Ausschnitte und bekam sehr schnell eine kostenlose Lizenz der Urheber, als diese den Absturz ihrer Online-Präsenz bemerkten. Auch beim Recht zu verlinken herrschte eine Zweiklassengesellschaft: Während andere kommerzielle Betreiber die Urheberrechte vor dem Verlinken abklären müssen, wurde im deutschen Recht für Google, wegen der Dominanz der Suchmaschine, die vorhergehende Abklärung des Copyrights ausgeschlossen. In Spanien zog sich Google News aus dem Markt zurück und hinterließ ein wirtschaftliches Desaster in der Branche, besonders kleine Nachrichten-Publizisten litten darunter, dass ihre Artikel nicht mehr gefunden wurden und ihre Seiten kaum Klicks erhielten. Sicher ist, Suchmaschinen wie Google werden nicht für die Listung oder Verwendung von Textausschnitten bezahlen. Die kostenpflichtige Verlinkung würde auf die Konsumenten abgewälzt werden und wäre das Ende des gesamten gebührenfreien Suchmaschinen-Modells.

Zu den bekanntesten Urheberrechts-Verfahren der Vergangenheit gehören Fälle rund um Filesharing Websites wie Napster, die zwar auch zur Verbreitung von legalen Inhalten benutzt wurden, aber wegen der enorm hohen Zahl von illegalen Downloads schließlich geschlossen wurden. Bei genauerem Hinsehen findet man diese illegalen Inhalte auch zuhauf auf Youtube, die zur größten Plattform zum Streamen von Audiodateien, weit vor spezialisierten Musik-Plattformen geworden ist. Dennoch wurde das Unternehmen auch von der Europäischen Kommission als legal eingestuft. Plattformen wie Youtube, die von der Kreativität und Teilhabe ihrer Nutzer leben, waren bisher nicht für den Inhalt der online gestellten Werke verantwortlich, solange illegale Videos entfernt wurden, sobald diese als rechtswidrig auffielen. Das wird von den Rechteinhabern geduldet, weil sie durch das Youtube-System »Content ID« die Möglichkeit haben, ihre Rechte unkompliziert zu verwalten. Youtube hat die Vorgänge des Uploads von geschützten Inhalten systematisiert. Registrierte Rechteinhaber werden über die Nutzung ihrer Inhalte informiert und können entscheiden ob ihr geistiges Eigentum verwendet werden darf und zu welchen Konditionen. Dieser vereinfachte Umgang mit dem Copyright, umgeht zwar das direkte Einholen einer Benutzungserlaubnis vor dem Upload auf eine Plattform, angesichts von hunderten Stunden von Material die im Minutentakt hochgeladen werden, ist es aber der praktikablere Weg für alle Beteiligten. Wer sich nicht als Urheber registriert, verliert allerdings die Chance auf eine

Vergütung für das eigene geistige Eigentum. Der Copyright-Experte der Universität Innsbruck Leonhard Dobusch nennt diese Rechtspraxis »Googlerights«, weil nur große Netzwerke die Möglichkeit für die Registrierung und Rechteverwaltung der Urheber ermöglichen. Dieser Weg mag für die Nutzer einfach sein, aber demokratisch ist er nicht. Die verpflichtende Einführung von Upload-Filtern würde die Vielfalt der Medienwelt dezimieren. Eine Überwachung der gesamten Inhalte ist nicht nur ein Verstoß gegen die Meinungsfreiheit, sondern bringt auch finanzielle Herausforderungen für die Plattformbetreiber. Die Entwicklung einer Software zur Inhaltsüberwachung kostete Google bisher mehr als 60 Millionen Dollar. Und dennoch dauert es meist nicht lange, bis die Nutzer einen Weg finden, diese Programme zu umgehen. Vielleicht ist das für Internetriesen kein gravierendes Problem, für kleine oder Non-Profit-Projekte wie Wikipedia könnte es aber das wirtschaftliche Aus bedeuten. Auch die höchstentwickelten Filter sind bislang nicht fähig, Urheberrechts-Ausnahmen, wie Parodien und Satire, zu erkennen und sie von anderen Inhalten zu differenzieren. Hier sollten die Alarmglocken für die Wahrung der Grundrechte bei uns schrillen. Im Juni hat der Ausschuss für Binnenmarkt- und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament die Einführung verpflichtender Upload-Filter für Social-Media-Plattformen abgelehnt. Damit wurde die Rechtsprechung des EUGH dazu respektiert, der bereits in zwei Urteilen gegen Upload-Filter entschied.

GRUNDRECHTE WAHREN

Natürlich bin auch ich für eine faire Entlohnung der Urheber für die Nutzung ihres Werks. Ohne eine Reform des Urheberrechts werden die großen Plattformen einen weiteren enormen Marktanteil erhalten. Je strenger das Urheberrecht gestaltet wird, desto eher profitieren die Internetriesen mit ihren großen Rechtsabteilungen und scheinbar unerschöpflichen Budgets für juristische Streitigkeiten. Ein Urheberrecht das mehr Wettbewerb und Vielfalt zulässt, liegt ansatzweise in der Richtung des »Googlerights«-Modells, anders als jetzt muss dieses Recht aber nicht nur für ein Unternehmen, sondern für alle Mitbewerber gelten. Dieses harmonisierte Urheberrecht kann Bagatelle- und Remix-Fälle, Alltagshandlungen, wie Fan-Videos oder Fotocollagen auf Facebook legalisieren. Doch die Grundrechte der EU-Bürger und die Chance auf Innovation und Wettbewerb müssen gewahrt bleiben. 🍷

JOSEF WEIDENHOLZER

ist EU-Abgeordneter und Vizepräsident der europäischen SozialdemokratInnen.





Theodore »Tao« Gofers: Wohnhaus Sirius, Sydney, Australien, 1978–1980, Foto: Craig Hayman, 2017

Ende der 1970er Jahre weigerten sich die Arbeiter der beauftragten Baufirmen, weitere Sozialwohnungen nahe dem Hafen zugunsten eines Neubaus abzureißen. Für jene Bewohner, für die der Baustopp zu spät kam, wurde an gleicher Stelle der Wohnblock Sirius errichtet. Wegen seiner attraktiven Lage soll er heute Luxuswohnungen weichen. Dagegen stellt sich die Stiftung privater Aktivisten mit dem Namen »SOS Save Our Sirius«, unterstützt von Denkmalbehörden. Die Gewerkschaften haben über das Grundstück wieder einen »Green Ban« verhängt und untersagen ihren Mitgliedern den Abriss.

SPD for the many, not the few

Alexander Braun analysiert die Hintergründe für die Wahlniederlage der SPD bei den Bundestagswahlen, welche Dynamiken sie bislang ausgelöst hat und was zu tun ist, um die deutsche Sozialdemokratie wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

Es ist 18 Uhr am 18. September, es ist ein Sonntag. Es ist Wahlabend in Deutschland. Die Stimmung aufgeladen, die SPD in den Wahlumfragen deutlich hinter der CDU. Angela Merkel klare Favoritin. Die Balken der ersten Hochrechnung steigen: 35,2% für die CDU, 3,3 Prozentpunkte minus, dicht gefolgt von der SPD 34,2%, 4,3%-Punkte minus.

Das sind die Wahlergebnisse der Bundestagswahl im Jahr 2005 und die Herausforderer Angela Merkels hießen damals Joschka Fischer und Gerhard Schröder. 12 Jahre später heißen die HerausfordererInnen: Alice Weidel und Alexander Gauland, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch. Alle anderen Parteien bewerben sich vielmehr um die Stelle als Juniorpartnerin von Angela Merkel. Lediglich die AfD und DIE LINKE stellen sich vorab auf Opposition ein; eine Mehrheit links der Mitte, der Kampf um Rot-Rot-Grün (R2G) ist unter der gegebenen Konstellation undenkbar geworden.¹

Die Ausgangslagen sind trotzdem bei allen Parteien unterschiedlich, die Koalitionsmöglichkeiten in fast allen Richtungen offen (außer mit AfD und den LINKEN könnte fast jede Koalition entstehen). Die Grünen versuchen sich als Brückenglied zwischen SPD und CDU, die FDP kämpft um den starken Wiedereinzug mit ihrem Dauer- und Einzelthema (Christian Lindner) und die SPD, na die hat Martin Schulz! Die Hoffnung, dass Martin Schulz Kanzler wird, schwindet aber seit seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden dahin. Die Wahlumfragen versprechen nichts Gutes: Drei Landtagswahlen, in der die SPD ihre Regierungsverantwortung verliert, begleiten diese und selbst die Herzammer der Sozialdemokratie Nordrheinwestfalen geht an die CDU/FDP verloren. Trotz allem kämpfen die GenossInnen bei der Bundestagswahl um jede Stimme. Doch die SPD hat ein großes Problem und die Wahl

wird in die Geschichte eingehen als die größte Niederlage, die die SPD seit 1945 eingefahren hat. Dieses Problem möchte ich in diesem Aufsatz benennen: Es ist ein strukturelles.

AUFSTIEG UND NIEDERGANG – DIE REGRESSION IN DIE ZUKUNFT?!

Dabei beginnt der Niedergang der SPD nicht am 18. September 2005 mit der Wahlniederlage Gerhard Schröders und auch nicht bei den folgenden Wahlen, bei denen die SPD deutlich verliert.² Tatsächlich beginnt der Niedergang schon viel früher, wird aber 2005 erstmalig sichtbar. Beginnen muss man die Analyse 1982, als Helmut Schmidt das Misstrauensvotum verlor und Helmut Kohl – dank der bis dahin mit Schmidt in Koalition befindlichen, dann zur CDU übergelaufenen FDP – Bundeskanzler der Bundesrepublik wurde.

Der Grandseigneur der FDP und Soziologe Ralph Dahrendorf schrieb anlässlich dieses Paradigmenwechsels: »Das sozialdemokratische Programm ist attraktiv. Nur eben: Es ist ein Thema von gestern. Das gilt nicht nur, weil ungewollte Entwicklungen den Annahmen dieses Themas den Boden entzogen haben. Es gilt vor allem, weil das Thema seine Möglichkeiten erschöpft hat.« (Dahrendorf, 1982). Die FDP, die ihre sozialliberalen Elemente über Bord geworfen hatte und nun endgültig der neoliberalen Doktrin aufgefressen war, sollte fortan als treue Steigbügelhalterin für die CDU dienen. Die Demokratisierung, die utopische Vision eines gleichen und gerechten Wohlfahrtsstaates, schien sich mit einem Mal überholt zu haben und führte die SPD ganze 16 Jahre in die Oppositionsrolle. Ähnlich wie im Vereinigten Königreich, in dem Labour die Abwahl James Callaghans und die Wahl Margaret Thatchers ertragen und deren zweifache Wiederwahl hinnehmen musste, konnte auch die SPD den Abbau des Wohlfahrtsstaates und den Investitionsstau nur beobachten. Als

Blair und Schröder 1997/8 das Ruder für die Sozialdemokratie in die Hand nehmen konnten, folgten die Staatshaushalte dem »Diktat der leeren Kassen« (Giersch, 1991, p. 18), das die Möglichkeiten für die ehemalige Wirtschafts- und Sozialpolitik des *deficit spendings* entzogen hatte. Der Common Sense vom »anstößigen Defizit« (Giersch, 1998) sollte dabei auch die deutsche Sozialdemokratie betreffen und verändern. Denn der Abschaffung des *keynesianischen Wohlfahrtsstaates* folgte im Zuge der neoliberalen Revolution – auch mit Hilfe der Sozialdemokratie – die Etablierung des *schumpeterianen Workfare-states*, der das künftige Mantra »sozial ist, was Arbeit schafft« tiefenstrukturell inkorporierte (Jessop, 1993).

DER PYRRHUS-SIEG DES DRITTEN WEGES

Erst Tony Blair und Gerhard Schröder konnten nach mehr als 16 Jahren das Blatt für die Sozialdemokratie wieder drehen. Die Frage, die sich stellt, ist die: zu welchem Preis? Schröder und Blair wurden zwar die leibhaftigen Kontradiktionen zu Dahrendorfs Diagnose des »Endes des Sozialdemokratischen Zeitalters«. Doch scheint aus heutiger Sicht der »Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten [sic!]*«*(Schröder & Blair, 1999) ein Pyrrhussieg gewesen zu sein. Der »Dritte Weg« und die »Neue Mitte« sollten zwar die progressive Alternative zu Maggy Thatchers Monetarismus und dem Erbe der Ära Kohl sein, sie sollten aber auch das Aufbrechen des sozialdemokratischen Konsenses in Bezug auf die Industriebeziehungen und die gewerkschaftlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik darstellen.

Durch das Aufkündigen dieser Art von Wirtschafts- und Sozialpolitik entfremdete sich das ehemalige WählerInnenklientel vollends von der SPD. Denn diese unterstützte nun durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Arbeitsmarktreformen ab 2004 die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, die Claus Offe (1984) schon in den 80er Jahren konstatierte. Die Problematik, die durch die Agenda 2010 noch vertieft wurde, verschärfte dabei die Abkehr von der ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik noch mehr.⁴ Denn die neu entstandenen vertikalen Verteilungskonflikte, die zwischen regulär und prekär Beschäftigten durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verschärft wurden (Dörre, 2006), spaltete auch die SPD in eine Anti-Hartz-IV Fraktion, die sich später in der Linkspartei wiederfand, und eine reformistische Bewegung, die sich den Normalarbeitsverhältnissen widmete, die Reform der Hartz-Gesetze präferierte, aber diese nicht grundsätzlich in Frage stellte. Durch das neue Bekenntnis zur Marktwirtschaft, wie es Schröder und Blair 1999 forderten, wurden darüber hinaus

eigene wirtschaftspolitische Errungenschaften negiert und durch »eine neue angebotsorientierte Agenda für die Linke« (Schröder & Blair, 1999) der Sozialstaatumbau vorangetrieben. Dem vormaligen wirtschaftspolitischen Erbe von Helmut Schmidt – dessen Aussage, 5% Inflation seien ihm lieber als 5% Arbeitslosigkeit als historische Anekdote abgetan wurde – und dem deutschen Weg einer sozialen Marktwirtschaft mit korporatistischem Herz und keynesianischen Adern wurde ein hypermodernes Verständnis eines aktivierenden Sozialstaates entgegengehalten. Die ideologische Grundlage legte Anthony Giddens, der forderte, dass sich die Sozialdemokratie auf eine angebotsorientierte Sozialpolitik fokussieren und einen Sozialinvestitionsstaat entwickeln sollte, der dort Investitionen setzt, wo eine soziale Rendite zu erwarten sei (Giddens, 2013).

Die Entwicklung des »Dritten Weges« einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik entfremdete jedoch die Sozialdemokratie von ihrem eigentlichen WählerInnenklientel. So argumentierte auch der liberale Dahrendorf: »[...] the Third Way is not likely to inspire a mass movement even if it is in some cases useful for winning elections« (Dahrendorf, 1999). Denn wie Dahrendorf richtig festhält, haftet dem Konzept dieses »neuen« Weges etwas Elitäres, ja fast schon Evangelikales an (Dahrendorf, 1999). Die deutsche Sozialdemokratie schaffte es zwar sich mit dieser Zukunftsvision in das 21. Jahrhundert zu retten, sie sollte die abnehmende Kohäsion zwischen der Sozialdemokratie und ihrem klassischen WählerInnenklientel noch verschärfen.

STRUKTURELLES AUSBLUTEN LINKER IDEEN

Die SPD reagierte auf dieses Abrücken von ihrem Profil durch die Agenda 2010 zuerst mit Schock, später mit einer Austrittswelle, die v.a. den linken Flügel betraf. Viele ehemalige Linke in der SPD, zu einem Großteil GewerkschafterInnen, gründeten 2004 die Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), die mit dem ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine ein Zugpferd für das Projekt einer gesamtdeutschen LINKEN., links der SPD, dazugewonnen hatte (DIE LINKE.). Tatsächlich verschob sich daraufhin das Machtgefüge innerhalb der SPD deutlich nach rechts, da der linke Flügel nun mit einem Exodus von Mitgliedern zu kämpfen hatte. Die neugegründete Partei DIE LINKE. unter der Führung Lothar Biskys und den beiden Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi sollten es 2005 schaffen, das ehemalige Wahlergebnis der PDS, die nur noch mit zwei DirektkandidatInnen im Bundestag vertreten war, auf 9% fast zu verdop-

peln. Dies führte dazu, dass von Seiten eines deutlich konservativ gewordenen Parteivorstandes der SPD das Projekt einer R2G Regierung verunmöglicht wurde. Die Abgrenzungsbestrebungen der SPD gegenüber der LINKEN sollte ihr Weiteres dazu beitragen, dass es für die Linken in der SPD immer schwieriger wurde entscheidende Posten zu besetzen, wenn diese sich offen zu R2G äußerten.

Den Höhepunkt fand dabei dieser Flügelkampf um die Frage der Regierungsbeteiligung von der LINKEN in der Landtagswahl 2008, als Andrea Ypsilanti eine Minderheitsregierung mit Tolerierung der LINKEN anstrebte, jedoch intern zu Fall gebracht wurde (als man ihr Wortbruch vorhielt, da sie eine Zusammenarbeit mit den LINKEN vor der Wahl mehrmals ausgeschlossen hatte). Durch das kategorische Ausschließen von R2G als mögliche Regierungsoption für die SPD wurde die Situation für den linken Parteiflügel strategisch immer begrenzter. 2017 forderte das Forum Demokratische Linke 21 nun nach dem Wahldebakel »eine klare Abkehr von der Agenda-Politik« und konstatiert, dass die »alten Köpfe« (Riedel, 2017) die jetzige Lage hauptsächlich mit verursacht haben.

STRUKTURELLER AUFBAU DES SEEHEIMER KREISES UND DES NETZWERKS BERLIN⁵

Betrachtet man seit Schröder die politische Positionierung der entscheidenden FunktionärInnen im Parteivorstand und auf Fraktionsebene, wird die Entstehung der »alten Köpfe« und deren politische Positionierung innerhalb der SPD deutlicher. Als Schröder als Kanzlerkandidat 2005 gegen Angela Merkel verloren hatte und die SPD unter Franz Müntefering in die große Koalition (Merkel I) geführt wurde, setzte sich die Parteilinke Andrea Nahles gegen den von Müntefering vorgeschlagenen Kajo Wasserhöfel in der Vorwahl zur Generalsekretär*in durch.

Als Franz Müntefering daraufhin ankündigte, das Amt des Bundesvorsitzenden aufzugeben, wenn Nahles Generalsekretärin werden sollte, verzichtete sie auf die Kandidatur. Infolgedessen wurde Hubertus Heil (Netzwerker) im November 2005 Generalsekretär. Fraktionsvorsitzender wurde Peter Struck, Parlamentarischer Geschäftsführer der heutige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (Seeheimer) und ab 2007 Thomas Oppermann (Netzwerker und Seeheimer). Betrachtet man dabei die Besetzung der parlamentarisch und parteipolitisch wichtigen Positionen: Parteivorsitz, Fraktionsvorsitz und erste Parlamentarische/n Geschäftsführer*in – wird klar, dass seit Schröder, bis auf Andrea Nahles, kein/e Linke/r in

der SPD auf einen dieser Posten geschafft hat. Die Aufteilung der Posten geschah fast ausschließlich durch Ausschluss linker KandidatInnen und die Besetzung der Positionen mit vier ausschließlich männlichen Spitzenpolitikern: Frank-Walter Steinmeier (Außenminister, Parteivorsitzender 2008 – 2009 und Fraktionsvorsitzender 2009–2013), Thomas Oppermann (Fraktionsvorsitzender 2013–2017, Vize-Bundestagspräsident seit 2017), Sigmar Gabriel (Parteivorsitzender seit 2009) und Hubertus Heil (Generalsekretär 2005–2009 und seit 2017), und auch kurz nach der Bundestagswahl 2017 wurden die Posten entsprechend verteilt. Dabei war auffallend, dass nach der Bekanntgabe von Andrea Nahles als Fraktionsvorsitzende der Sprecher des Seeheimer Kreises Johannes Kahrs bekannt gab: »Vorschnelle Festlegungen über die Fraktionsführung helfen nicht weiter und daher lehnen wir diese ab.« Kaum ausgesprochen wurde die Stelle des ersten Parlamentarischen Geschäftsführers von Carsten Schneider besetzt, nur kam hier von Seiten der SeeheimerInnen kein Einwand gegen diese Personalie – vielleicht weil Carsten Schneider selbst zu den SeeheimerInnen gehört?

Auch die Besetzung des GeneralsekretärInnenpostens durch den jungen Abgeordneten Lars Klingenbeil (ebenefalls bekennender Seeheimer) sollte für den Willen zur Erneuerung stehen. Ulla Schmidt konnte sich kurz darauf gegen Thomas Oppermann als Bundestagsvize nicht durchsetzen und die linksliberale Wochenzeitung DerFreitag titelte daraufhin schon hämisch: »Überall Seeheimer!« (Baganz, 2017). Auch die Nominierung der Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen seit 2009 erfolgten dabei quasi auf den unverrückbaren Vorschlag des Parteivorsitzenden hin: 2009 Frank-Walter Steinmeier und 2013 Peer Steinbrück. Auch unter Martin Schulz erweist sich der Seeheimer Kreis als effizientes Netzwerk, das exemplarisch für den Kurs der SPD steht. Die Frage, die sich stellt, ist nur: Wohin steuert die SPD? Tatsächlich zeigt sich, dass sich für das Wahldebakel der SPD zwei strukturelle Probleme in der SPD deutlich abzeichnen: Erstens die systematische Politik für Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen bei Ausklammern der prekär Beschäftigten und Erwerbslosen und zweitens eine Personalpolitik, die sich netzwerkmäßig um den Seeheimer Kreis bewegt.

ZWEI SZENARIEN: VON LABOUR ODER EN MARCHE! LERNEN?

Die SPD erlebte 2017 das größte Wahldebakel seit der Gründung der Bundesrepublik. Wie ich meine, liegt dies an den Strukturen der Parteiorganisation und der tiefgreifenden Ig-

noranz der Parteiführung gegenüber linken Ideen. Bei einer Erneuerung muss man sich entscheiden, ob man künftig den Kurs der Agenda 2010 weiterverfolgt und sich wie FDP und ÖVP nur ein neues Layout verpasst, oder ob man sich inhaltlich wieder nach links öffnet. Metaphorisch ausgedrückt, steht die SPD nun vor der Entscheidung: Geht sie den Weg, den Macron in Frankreich vorgezeichnet hat, eine junge, frische Bewegung aufzubauen, die zwar sozialdemokratisch angestrichen ist, jedoch wirtschaftsliberalen Weichen in Frankreich stellt. Oder geht sie den Weg Jeremy Corbyns, der den Boden für die postkeynesianischen Wurzeln der Sozialdemokratie der 1970er wieder auflockerte und die vertrocknete Rose von New Labour wieder zum Aufblühen brachte. Gerade in Anbetracht des Erstarkens der neuen Rechten muss die SPD sich selbst die Frage stellen, wie sie als Mitverursacherin der sozialen Marginalisierung der unteren Mittelschicht und Erwerbslosen, gegen den Rechtsruck ihrer eigenen WählerInnen vorgehen will. Gegen den strukturellen Rassismus aufzustehen hilft nur dann etwas, wenn gegen die Furcht vor sozialem Abstieg eine sozialdemokratische Vision aufgezeigt wird.

Und hierfür sehe ich für eine Strategie nach dem Vorbild Jeremy Corbyns deutlich mehr Potential. Denn betrachtet man die steigenden Zukunftsängste der Beschäftigten, die ihre Wut und Angst nun zunehmend rechts kanalisieren, dann sieht man, dass die eigentliche Antwort auf die AfD nur in der Garantie von sozialer Sicherheit gipfelt. So zeigte eine jüngst veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung auf, dass gerade die Sorge um die Rente, die Zukunft der Kinder und finanzielle Nöte, verbunden mit der Angst vor der Zunahme von Gewalt und Kriminalität im Wohnumfeld Menschen dazu bewegt AfD zu wählen (Hilmer, Kohlrausch, Müller-Hilmer, & Gagné, 2017). Genau dagegen setzte die Kampagne Corbyns an und genau darum klingen die Forderungen des Forums DL21 visionär, die da lauten: *Nicht ohne die Partei!* Und ich ergänze: *SPD for the many, not the few!* 

ALEXANDER BRAUN

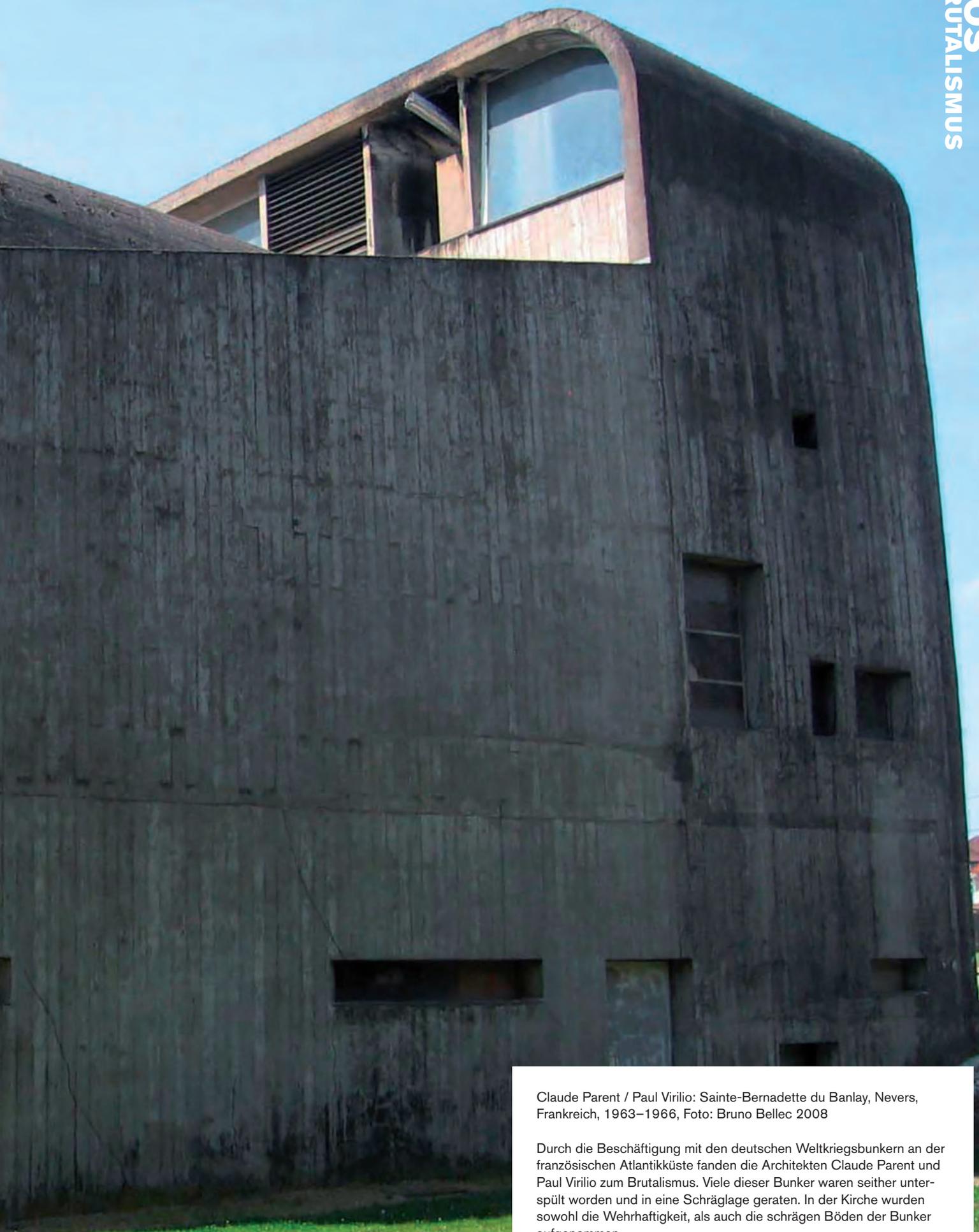
ist Gesundheitsökonom und promoviert an der wu Wien.
Er ist gewerkschaftlich aktiv und Mitglied der SPD und SPÖ.

LITERATURVERZEICHNIS

Baganz, D. (2017): Überall Seeheimer! DerFreitag. Das Meinungsmedium., <https://www.freitag.de/autoren/dorian-baganz/ueberall-seeheimer>.
Dahrendorf, R. (1999): Whatever happened to liberty? New Statesman.
Dörre, K. (2006): Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen. Arbeit., 1(15), 181-193. | **Giddens, A.** (2013): The third way: The renewal of Social Democracy. Cambridge: John Wiley & Sons. | **Giersch, H.** (1991): Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West. Frankfurt: Adolf-Messner-Stiftung. | **Giersch, H.** (1998): Produktive Schulden. Wirtschaftswoche. | **Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R., & Gagné, J.** (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung., 44. | **Jessop, B.** (1993): Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy. Studies in Political Economy, 40. | **Offe, C.** (1984): »Arbeitsgesellschaft«. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt: Suhrkamp. | **Riedel, M.** (2017): Nicht ohne die Partei! <http://www.forum-dl21.de/nicht-ohne-die-partei/>. | **Schröder, G., & Blair, T.** (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten: ein Vorschlag: Blätter für deutsche und internationale Politik.

1. R2G steht für ein Mitte-links-Bündnis zwischen SPD, Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE.
2. 2009 erlangte die SPD nur noch 23%, 2013 mit Peer Steinbrück 25,7% und nun 2017 nur noch 20,5%.
3. Damit ist ein sozialpolitisches Regime gemeint, das die Leistungsvergabe von Sozialleistungen an die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme knüpft. Schumpeterian bedeutet, dass auch das Konzept der „kreativen Zerstörung“ in das sozialstaatliche Handeln eingeht und die Leistungen künftig nur an renditebringende Investitionen vergeben werden.
4. Die Agenda 2010 steht für eine Umorientierung hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und betraf v.a. den Sozialstaat. Dabei sollte die Agenda 2010 nicht nur Leistungskürzungen in der Sozialversicherung, die Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung und die Zusammenführung von Arbeitslosengeld 2 und Sozialhilfe (Hartz-IV) bedeuten, sondern beinhaltete auch eine Bildungsinvestition von 4 Mrd. Euro und die jährliche Steigerung der Bildungsausgaben um 25%.
5. Der Seeheimer Kreis ist ein Zusammenschluss innerhalb der SPD, der sich selbst als moderner und pragmatischer Kreis von Abgeordneten bezeichnet. Er wird oft als konservativer (rechter) Flügel bezeichnet. Das Netzwerk Berlin ist ein Zusammenschluss von v.a. von jungen Abgeordneten, die sich weder den Seeheimern noch der Parlamentarischen Linken in der SPD zugehörig fühlen, weil der linke Flügel als zu traditionalistisch und der Seeheimer Kreis als prinzipienlos und pragmatisch betrachtet wird.





Claude Parent / Paul Virilio: Sainte-Bernadette du Banlay, Nevers, Frankreich, 1963–1966, Foto: Bruno Bellec 2008

Durch die Beschäftigung mit den deutschen Weltkriegsbunkern an der französischen Atlantikküste fanden die Architekten Claude Parent und Paul Virilio zum Brutalismus. Viele dieser Bunker waren seither unterspült worden und in eine Schräglage geraten. In der Kirche wurden sowohl die Wehrhaftigkeit, als auch die schrägen Böden der Bunker aufgenommen.

Ein Gespenst geht um in Großbritannien ...

... **das Gespenst des** Corbynismus. Die Wahl eines Corbyn-Unterstützers zum schottischen Labour-Vorsitzenden ist nicht nur eine weitere Niederlage der alten blairistischen Parteieliten gegen die neue Massenmitgliedschaft, sie lässt auch bei der derzeit regional regierenden Schottischen National-Partei (SNP) die Nervosität steigen. Während die Konservativen mit sich selbst ringen und manche Parteiteile mit dem Gedanken einer rechten Gegenstruktur zur erfolgreichen Corbyn-nahen Basisbewegung Momentum liebäugeln, stellt sich die britische Industrie auf die Möglichkeit einer von Corbyn geführten Labour-Regierung ein. Großbritanniens Politik entwickelt sich, bei ungewissem Ausgang, so dynamisch wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Ein unbekannter Außenseiter gegen das Parteiestablishment: Das Szenario der Vorsitz-Wahl der britischen Labour Party 2015 schien sich diesen Herbst bei der Wahl des schottischen Labour-Vorsitzenden zu wiederholen. Richard Leonard, ein als wenig charismatisch geltender Gewerkschafter und Corbyn-Unterstützer, der dem schottischen Regionalparlament erst seit dem Vorjahr angehört, trat gegen den als Favoriten und als telegenen Nachwuchstalent gehandelten Anas Sarwar in den Ring – und entschied die Urabstimmung unter den schottischen Parteimitgliedern mit 56,7% für sich.¹

Das ist auf mehreren Ebenen bemerkenswert. Auf der einen Seite wiederholte sich ein vertrautes Bild: Sarwar hatte im Vorfeld zwar die überwiegende Unterstützung wichtiger Großspender,² der schottischen Labour-Abgeordneten und, wenn auch in geringerem Ausmaß, der Labour-GemeinderätInnen erhalten. Gleichzeitig hatte Leonard aber die tatkräftige Unterstützung der größten Gewerkschaft, UNITE, auf seiner Seite und nominierten ihn dreimal so viele lokale Parteistrukturen wie Sarwar.³

CORBYN-FAKTOR IN SCHOTTLAND

Auf der anderen Seite macht das Ergebnis aber auch einen positiven Corbyn-Faktor sichtbar: Bei der von der Parlamentsfraktion erzwungenen Vorsitzwahl im Sommer 2016 war Schottland der einzige Landesteil gewesen, in dem der Herausforderer Owen Smith eine Mehrheit der Parteimitglieder gegen Corbyn mobilisieren konnte. Das hing wesentlich

mit der Struktur der schottischen Labour Party zusammen: Während die Partei in allen anderen Teilen des Landes von hunderten tausenden neuen Mitgliedern gestürmt wurde, war in Schottland, einer Geburtsstätte und jahrzehntelangen Hochburg der Labour Party, die Schottische National-Partei (SNP) erste Anlaufstelle für Menschen, die gegen die konservative Sparpolitik aktiv werden wollten. Labour hatte sich durch ihre blairistische Politik und nicht zuletzt durch die gemeinsam mit den Konservativen geführte Kampagne gegen die Unabhängigkeit bei vielen SchottInnen diskreditiert. Die Labour Party blieb in Schottland daher unter sich – die Beteiligung an der Urwahl der Mitglieder, gemessen an der Gesamtbevölkerung, war 2016 in Schottland nur halb so hoch wie in England oder Wales.⁴ Mit 35.000 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 2017 aber nun bereits das Zweieinhalbfache der Mitgliederzahl 2014,⁵ auch wenn der Zuwachs noch immer unter dem britischen Durchschnitt liegt.

Die Unterhauswahl hat aber offenbar auch in Schottland einen Umschwung mit sich gebracht: Völlig unerwartet gewann Labour sechs Sitze zurück, nachdem die Partei in einer demütigenden Niederlage 2015 nur einen der 51 Wahlkreise gesichert hatte und 2016 bei den Regionalwahlen auf Platz 3 hinter die Konservativen gefallen war. Hatten sich viele junge Menschen nach Unabhängigkeitsreferendum 2014 der SNP als glaubwürdigste Opposition gegen die konservative Regierung in London zugewandt, drehte sich dieser Trend mit Corbyns Kampagne 2017⁶ um, auch wenn die innerparteiliche Linke die mangelhafte Unterstützung der schottischen Parteiführung

für Corbyns politische Linie beklagte.⁷ Leonard erzielte bei der Urwahl im November nun nicht nur unter den in die der Partei eingetretenen GewerkschafterInnen (affiliated members), sondern auch unter den Mitgliedern, die 2016 noch mehrheitlich gegen Corbyn gestimmt hatten, eine klare Mehrheit.⁸

Dass Schottlands Labour Party mit einer auf Corbyns Politik ausgerichteten Strategie nicht länger der Jausengegner ist, den die SNP in den letzten zehn Jahren gewohnt war, macht sich auch bereits in der Tagespolitik bemerkbar. Hatte die SNP angesichts des Brexit und fehlender Zugeständnisse der Zentralregierung zunächst Gerüchte über eine Wiederholung des Referendums und dann über Neuwahlen des schottischen Regionalparlaments in Umlauf gebracht, scheint der Appetit der SNP auf einen baldigen Wahlgang auf das Niveau von Theresa May abgesunken zu sein: Völlig überraschend kam es in den letzten Gesprächen zu einer Annäherung der Standpunkte zwischen Sturgeon und May, ohne das ersichtlich wäre, worin, außer im Wunsch nach Stabilität, diese Annäherung besteht.⁹

EIN NEUER INNERPARTEILICHER TON GEGENÜBER CORBYN

Der innerparteiliche Wandel wird auch im Umgang von Anas Sarwar mit seinem Londoner Parteichef sichtbar. Hatte die bisherige Vorsitzende, Kezia Dugdale, Corbyn noch so behandelt wie das schwarze Schaf der Familie, dessen Existenz man vor dem Freundeskreis geheim zu halten versucht, organisierte Sarwar im August 2017 in seinem Wahlkreis eine große Veranstaltung im Rahmen von Corbyns Tour durch Schottland.¹⁰ Sarwar hatte ebenso wie Dugdale 2016 Owen Smith gegen Corbyn unterstützt. Während Dugdale es aber bereits als Zugeständnis vor sich hertrug, seit Sommer 2016 öffentlich nichts Negatives mehr über Corbyn gesagt zu haben,¹¹ betonte Sarwar während seiner Kandidatur, er wolle alles daran setzen, Corbyn dabei zu unterstützen Premierminister zu werden.¹²

Auslöser der Vorsitz-Wahl war ein mit »persönlichen Motiven« begründeter Rücktritt Dugdales, die eine private Beziehung mit einer SNP-Abgeordneten führt, gewesen. Zeitlich fiel der Rücktritt jedenfalls mit Corbyns Tour durch Schottland zusammen,¹³ die ebenso wie in anderen Teilen des Vereinigten Königreichs zu einer Popstar-Tournée wurde. Was auch immer das ausschlaggebende Motiv für Dugdales nächsten öffentlichen Schritt gewesen sein mag – es mutet geradezu symbolisch an, das am Tag der Verkündung des klaren Siegs des Corbyn-Anhängers Leonard die frühere Parteichefin bekannt machte, dass sie in der nächsten Staffel der britischen Version ins Dschungelcamp gehen werde.¹⁴

DAS DILEMMA DER TORIES

Wohl nur zu gerne würde auch Theresa May von der Möglichkeit Gebrauch machen, Teile ihres Kabinetts ins Dschungelcamp zu schicken. Die bereits im September strauchelnde konservative Regierung (ZUKUNFT 09/2017), bewegt sich zunehmend in Richtung Agonie. Mit einer Rede in Florenz wollte May Ende September ihr Kabinett in Brexit-Fragen auf eine Linie bringen, doch bereits nach wenigen Tagen zeigte sich das komplette Scheitern dieses Versuchs. Berechtigt spot-tete Corbyn in seiner Parteitagrede, dass das aus Brexit-Minister David Davis, Außenminister Boris Johnson und Handelsminister Liam Fox bestehende Brexit-Team gemeinsam mit Schatzkanzler Philip Hammond mehr damit beschäftigt sei, untereinander zu verhandeln als mit EU-Chefunterhändler Michel Barnier.

Der rechte Parteiflügel verlangte im Oktober lautstark die Entlassung Hammonds aus der Regierung, weil er den Brexit zu wenig konsequent vertrete.¹⁵ Umgekehrt erscheint Außenminister Boris Johnson anderen Teilen der Parlamentsfraktion zunehmend als untragbar: Nachdem ein Bericht durch die Medien gegeistert war, dass der britische Auslandsgeheimdienst MI6 Johnson für so notorisch unberechenbar halte, dass er ihm keine vertraulichen Informationen liefern wolle,¹⁶ schien Johnson das gegen ihn gerichtete Misstrauen auch noch zu bestätigen: Im Fall einer während ihres Urlaubs im Iran verhafteten und wegen Anstachelung zum Aufruhr verurteilten britischen Staatsbürgerin erklärte der Außenminister vor einem Parlamentsausschuss, soweit er wisse, sei die mehrfache Mutter in den Iran gereist, »um dort Journalismus zu unterrichten«.

Irans Regime schlachtete diese Erklärung medial aus und sah den gegen die Frau erhobenen Vorwurf einer durch eine Urlaubsreise nur getarnten illegalen politischen Betätigung als vom britischen Außenminister bestätigt an.¹⁷ Nach tagelanger Verzögerung sprach Johnson von einem Missverständnis und erst nach zwei parlamentarischen Fragestunden mit 67 Fragen der Opposition an den Außenminister konnte sich dieser zu einer Entschuldigung bei der Familie der Inhaftierten durchringen.

Zeitgleich erschüttert die #Metoo-Welle in den sozialen Medien die britische Politik im Allgemeinen und das konservative Kabinett im Besonderen: Gleich acht Regierungsmitglieder stehen im Verdacht, Frauen sexuell belästigt zu haben. Verteidigungsminister Michael Fallon, einer der wenigen verlässlichen Stützen von Theresa May in der Regierung, kam

nach Berichten von übergriffigen Annäherungsversuchen gegenüber einer Journalistin und zotigen Sprüchen gegenüber einer Kabinettskollegin weiteren Enthüllungen durch seinen Rücktritt zuvor.¹⁸ Mays de-facto-Stellvertreter Damian Green muss sich derweil einer internen Untersuchung stellen, nachdem auf seinem Dienstcomputer pornographische Inhalte gefunden worden sein sollen.¹⁹

Entwicklungshilfeministerin Piti Pratel traf während einer Israel-Reise mehrmals mit offiziellen Vertretern der israelischen Regierung zusammen, ohne davon die Botschaft in Tel Aviv, das Außenministerium oder gar die Regierungschefin zu informieren. Als May sie im November wegen dieser Affäre zum Rapport einbestellte, fand sie es nicht der Mühe wert, die Premierministerin darüber zu informieren, dass sie den israelischen Gesprächspartnern zugesagt hatte, sich für finanzielle Militärhilfe durch Großbritannien einzusetzen. Selbst nach diesem Vertrauensbruch konnte sich May aber zunächst nicht dazu durchringen, Pratel zu entlassen und trat die Ministerin erst nach tagelangen Verzögerungen zurück.²⁰

All diese Affären halten wichtige Kabinettsminister aber nicht davon ab, gegen die Premierministerin zu intrigieren und sie öffentlich zu desavouieren. In einem impertinenten Schreiben an May forderten Johnson und Umweltminister Michael Gove im November eine harte Brexit-Linie ein. Den Außen- und den Umweltminister verbindet eine durchwachsene gemeinsame Geschichte: Gove hatte Seite an Seite mit Johnson für den Brexit kampagnisiert, war ihm aber bei der Wahl der Nachfolge von David Cameron in den Rücken gefallen. Nun haben sie ihre politische Freundschaft offenbar neu begründet: Großbritannien solle sich, wenn es nach den beiden geht, darauf vorbereiten, den Brexit ohne Abkommen mit der EU zu vollziehen und jede Übergangsphase bis 2021 zu beenden.²¹ Nachdem das anmaßend formulierte Schreiben, offenbar durch das Umfeld Johnsons und Goves, an die Medien gelangt war, musste die Premierministerin erklären, es als üblich zu erachten, aus dem Kabinett »Ratschläge aller Art« zu erhalten.²²

ZERFÄLLT DIE TORY-REGIERUNG LANGSAM WEITER ODER RÜCKT SIE NACH RECHTS?

Wie bei Hamlet trifft aber auch bei Johnson und Gove zu: »Though this be madness, yet there's method in it«. Denn was die Mittelmeer-Route für Sebastian Kurz war, ist der Brexit für die britische Regierung. Labour liegt zwar in allen Umfragen mit 41–44% vor den Tories und auf dem Niveau von Blairs Erdrutschsieg 1997. Dass eine stabile Labour-Mandats-

mehrheit bei Neuwahlen aber nach wie vor ungewiss ist, liegt, neben der bisherigen Schwäche der schottischen Labour Party, daran, dass die Tories allen Pleiten und Pannen zum Trotz im Umfragen noch immer bei 38–41% erzielen.²³ Entscheidend dafür ist die Implosion der rechtsextremen, EU-feindlichen UKIP bei den Unterhauswahlen 2017 und der Stimmtransfer zu den Konservativen. Wie auch in anderen Ländern kommt es in Großbritannien zu einer Polarisierung des politischen Systems²⁴ – und den Brexit-Verhandlungen kommt dabei aus strategischer Sicht der Konservativen eine entscheidende Bedeutung zu. Denn neben der Mobilisierung traditioneller Europa-SkeptikerInnen bietet die Auseinandersetzung mit den »Bürokraten in Brüssel« einer Truppe grauer Anzugträger aus Großbritanniens Elite-Kaderschmieden die Gelegenheit, sich als Kämpfer gegen »das Establishment« in Szene zu setzen. Unter der Annahme, dass der Brexit nicht, wie von den Brexiteers versprochen, Milch und Honig fließen lassen wird, ist die Zuspitzung der Konfrontation mit der EU aus rechtskonservativer Perspektive geradezu unerlässlich. Je düsterer die harten Fakten, desto mehr Verwirrung muss gestiftet und desto mehr Emotion muss geweckt werden.

Es folgt bei aller individuellen Unberechenbarkeit daher durchaus einem rationalen Kalkül, wenn Johnson und Gove einen Brexit ohne Abkommen einem realistisch erzielbaren Abkommen vorziehen. Ein solches Abkommen würde alle Versprechen der Brexiteers Lügen strafen, während ein Scheitern der Verhandlungen es zumindest potenziell ermöglichen würde, einen Außenfeind zu schaffen, die Opposition, die mit den »Volksfeinden« in Brüssel paktieren will, als »Vaterlandsverräter« zu denunzieren und nationalistische Ressentiments zu mobilisieren.

Ohne dass dies bislang offen ausgesprochen worden wäre, bieten sich für die Konservativen derzeit zwei Perspektiven: Während Schatzkanzler Hammond und Theresa May derzeit darauf zu setzen scheinen, die bisherige WählerInnenkoalition aufrecht erhalten zu können, wenn ein vernünftiges Abkommen erreicht und Neuwahlen so lange als möglich verhindert werden können, scheinen die AnhängerInnen von Johnson und Gove dem Vorbild Trumps und Orbáns nachzueifern. Ein Beispiel dafür ist der Versuch junger Konservativer, nach dem Muster der Corbyn-nahen Basisbewegung Momentum eine vergleichbare Struktur gegenüberzustellen, die nach einem Rechtsaußen der konservativen Parlamentsfraktion, Jacob Rees-Mogg, »Mogg-mentum« genannt wird.²⁵ Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass eine Massenbewegung nicht entwickelt werden kann, wenn es die dazugehöri-

ge politische Bewegung nicht gibt.²⁶ Rechtspopulismus setzt zumindest die rhetorische Bereitschaft voraus, wenigstens Teilen des Volkes nicht nur Verachtung entgegenzubringen, sondern sie als politischen Faktor zu aktivieren. Es ist zweifelhaft, ob die snobistischen Rechtsausleger in der Fraktion und ihre Anführer im Kabinett die Probleme und Herausforderungen dieser Strategie in vollem Ausmaß verstanden haben und bereit und in der Lage sind, sie auch durchzusetzen. Je verfahrenere die innenpolitische Lage in Großbritannien und der Verlauf der Brexit-Verhandlungen wird, desto eher könnten solche Tendenzen aber in den Reihen der Konservativen Wiederhall finden.

BUDGETDEBATTE

Nächster Höhepunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung wird das Budget 2018 sein, das Schatzkanzler Hammond am 22. November präsentieren wird. Hammond steht dabei mehrfach unter Druck: Zahlreiche konservative Abgeordnete fordern eine Abkehr von der eisernen Sparpolitik ein, um das Image einer herzlosen Sozialabbau-Partei zu vermeiden und drängende soziale Probleme zu adressieren. Gleichzeitig sind die Konservativen aber weder bereit, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts aufzugeben, noch die Steuern zu erhöhen. Hammond wird sich daher darauf beschränken müssen, einige wirkungslose Symbolhandlungen zu setzen und große Ziele zu verkünden, deren Realisierung ungewiss bleiben müssen. Ganz nach dem Vorbild von Sebastian Kurz plant er z. B. gerüchteweise eine Senkung bzw. Abschaffung von Vertragsgebühren beim Häuserkauf.²⁷

Fraglich bleibt, welche Dynamiken in den nächsten Monaten entstehen, wenn das sparbedingte Versagen öffentlicher Dienste greifbar wird: Hammond hat etwa die Forderung der Gesundheitsbehörden nach zumindest vier Milliarden an Sofortinvestitionen ins Gesundheitssystem umgehend zurückgewiesen²⁸ – was passiert, wenn wie in den Vorjahren das Nationale Gesundheitssystem (NHS) von einer normalen Grippewelle völlig aus der Bahn geworfen wird, bleibt abzuwarten.

Schatten-Schatzkanzler John McDonnell wird die Gelegenheit jedenfalls zu nutzen versuchen, das Fehlen jedes Ziels und jeder Strategie der Regierung zur Lösung der Probleme Großbritanniens in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken und damit die Brexit-Tarnshow der Tories zumindest zu stören.²⁹ Mit seiner skurrilen Behauptung in einem Interview, es gebe in Großbritannien aktuell keine Arbeitslosen, hat Hammond sich selbst und dem Versuch, das Mitgefühl

der Konservativen wahrnehmbarer zu machen jedenfalls wohl eher keinen guten Dienst erwiesen.³⁰

LABOUR – EIN WIRTSCHAFTSPOLITISCHER STABILITÄTSANKER?

Angesichts der völligen Entscheidungsunfähigkeit der konservativen Regierung und ihrer unklaren politischen Zukunft, beginnen auch Wirtschaftsvertreter eine von Corbyn geführte Labour-Regierung zumindest in Erwägung zu ziehen. Bei der Jahreskonferenz des britischen Industrieverbands CBI fand Corbyn eine überraschend freundliche Aufnahme und das, obwohl er Labours Forderung nach einer Ausweitung des staatlichen Sektors und höheren Löhnen klar auf den Tisch legte.³¹ Doch ganz offensichtlich beginnen die, an einem guten Verhältnis zur EU interessierten, Industriesektoren den Eindruck zu gewinnen, dass sie in Sachen Brexit mit einer Labour-Regierung jedenfalls nicht schlechter fahren würden als mit Mays Chaotruppe. Und angesichts der Absenz jeder konservativen Industriepolitik stoßen selbst die Vorschläge Labours zu kreditfinanzierten Investitionen im Ausmaß von 250 Mrd. Pfund zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und zu einem »National Education Service« auf großes Wohlwollen.³²

Die freundlichen Töne können die großen Konfliktfelder – von der Erhöhung der Unternehmenssteuern bis hin zur Wiederverstaatlichung von Eisenbahnen, Energieversorgern und öffentlicher Infrastruktur nicht überdecken – John McDonnell hatte durchaus recht, wenn er am Parteitag in Brighton ankündigte, alle Szenarien, auch die einer Spekulationswelle gegen das Pfund im Falle eines Labour-Wahlsiegs, durchzuspielen. Doch der freundliche Applaus in der Konferenzhalle des CBI verstärkt einen Eindruck, der sich in den letzten Monaten immer stärker durchsetzt: Dass Jeremy Corbyn genauso gut Premierminister sein könnte wie Theresa May oder einer ihrer zahlreichen Thronprätendenten. Es ist nicht absehbar, ob und wann die Konservativen über ihr eigenes Netz aus Intrigen und Irreführungen stolpern. Dass es möglich ist, stellen sie jeden Tag aufs Neue unter Beweis. Labour muss jedenfalls auf Grundlage einer breiten Mobilisierung für eine positive Zukunftsvision bereit sein, sich einem Versuch der Tories, sich mit einer Hinwendung zum Rechtspopulismus vor dem drohenden Machtverlust zu schützen, zu widersetzen.

Zweierlei geht aus diesen Tatsachen hervor: Dass der Corbynismus inzwischen von allen politischen und wirtschaftlichen Kräften Großbritanniens als politische und soziale Macht anerkannt ist. Und dass es hohe Zeit ist, dass auch andere So-

zialdemokratien beginnen vom Erfolg Labours zu lernen – damit das Gespenst des Corbynismus bald in ganz Europa umgeht.



LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://labourlist.org/category/news/>
2. http://www.heraldscotland.com/news/15511528.Top_Scottish_Labour_donor_backs_millionaire_Sarwar_as_next_party_leader/
3. <https://twitter.com/CLPNominations/status/918801001414582272>
4. [https://en.wikipedia.org/wiki/Labour_Party_\(UK\)_leadership_election,_2016](https://en.wikipedia.org/wiki/Labour_Party_(UK)_leadership_election,_2016)
5. <http://www.scotsman.com/news/politics/general-election/in-numbers-scottish-political-party-membership-1-3905167>
6. https://www.buzzfeed.com/jamieross/this-is-why-young-scots-are-switching-from-the-snp-to?utm_term=.qhgdawN6Jj#.asX30pYg8L
7. <https://www.politicshome.com/news/uk/political-parties/labour-party/jeremy-corbyn/news/87736/scottish-labour-holding-jeremy>
8. <http://www.scottishlabour.org.uk/pages/scottish-leaders-result-2017-slp>
9. <https://www.theguardian.com/politics/2017/nov/14/scotland-uk-brexit-deal-closer-cordial-talks-no-10-may-sturgeon>
10. <https://www.theguardian.com/politics/2017/sep/04/anas-sarwar-and-richard-leonard-confirm-bids-for-scottish-labour-leadership>
11. <https://www.theguardian.com/politics/2017/aug/23/labour-is-coming-back-in-scotland-party-predicts-revival-as-corbyn-heads-north>
12. <http://www.scotsman.com/news/politics/anas-sarwar-appeals-for-backing-from-jeremy-corbyn-supporters-1-4554999>
13. <https://www.newstatesman.com/politics/scotland/2017/09/can-jeremy-corbyn-win-back-scotland-labour>
14. <https://www.theguardian.com/politics/2017/nov/18/richard-leonard-voted-scottish-labour-leader>
15. <https://www.theguardian.com/politics/2017/oct/12/philip-hammond-must-be-sacked-for-not-supporting-brexit>
16. <http://www.dailymail.co.uk/news/article-5041103/Security-services-wary-Foreign-Secretary.html>
17. <http://www.telegraph.co.uk/news/2017/11/13/boris-johnson-finally-gave-labour-wanted-not-without-struggle/>
18. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/michael-fallon-and-rea-leadsom-accuse-sexual-harassment-resign-conservative-defence-secretary-tory-a8034991.html>
19. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/damian-green-porn-computer-pc-allegations-sexual-harassment-cabinet-office-amber-rudd-theresa-may-a8038891.html>
20. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/priti-patel-sacked-cabinet-theresa-may-israel-meetings-mislead-prime-minister-a8043211.html>
21. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/brexit-latest-boris-johnson-theresa-may-michael-gove-secret-letter-a8050291.html>
22. <https://www.theguardian.com/politics/2017/nov/12/uk-government-tensions-rise-after-leak-of-letter-to-prime-minister>
23. https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_next_United_Kingdom_general_election
24. <http://averypublicsociologist.blogspot.co.at/>
25. <https://www.newstatesman.com/politics/uk/2017/07/understanding-moggmentum-hollow-cult-jacob-rees-mogg>
26. https://www.vice.com/en_uk/article/d33j3a/why-a-tory-momentum-will-never-work
27. <https://www.theguardian.com/money/2017/nov/18/>

- autumn-budget-2017-stamp-duty-student-loans-winter-fuel-allowance
28. <https://www.theguardian.com/uk-news/2017/nov/19/philip-hammond-dismisses-nhs-chiefs-call-for-4bn-emergency-cash-injection-budget>
 29. <https://www.theguardian.com/politics/2017/nov/19/john-mcdonnell-prepares-to-step-out-of-the-shadows>
 30. <https://www.theguardian.com/uk-news/2017/nov/19/no-unemployed-gaffe-adds-to-budget-pressure-on-philip-hammond>
 31. <https://www.ft.com/content/5d47c56e-c2f3-11e7-b2bb-322b2cb39656>
 32. <https://www.theguardian.com/business/2017/nov/11/labour-corbyn-cbi-conference-business-leaders>



Paul Herbé / Jean Le Couteur: Kathedrale Sacré-Coeur,
Algier, Algerien, 1955–1963, Foto: Cyril Preiss 2005

Das Gemeinwohl war schon da – nun hat es die Wirtschaft entdeckt

Holger Blisse skizziert, welche Rolle Gemeinwohl-Überlegungen im Wirtschaftsleben der Gegenwart spielen (können), und welchen Beitrag dabei die Wirtschaftsform der Genossenschaft leisten kann.

Nur weil noch niemand etwas Vorhandenes (wieder) entdeckt hat, bedeutet es nicht, dass dies Vorhandene nicht schon da ist. Umgekehrt verhält sich in der Geschichte mit des Kaisers neuen Kleidern: Alle bewundern sie, doch keiner wagt es, die Wahrheit zu sagen. Ein ähnlicher Vergleich drängt sich bei der von Unternehmen eingeforderten gesellschaftlichen Verantwortung auf. Es genügt nicht, dass Unternehmen Steuern zahlen, sich an die Umweltauflagen und allgemeine Gesetzgebung halten, von den unrühmlichen Fällen großer Unternehmen abgesehen, die geschickt Steuervermeidungs- oder Umweltbelastungsstrategien entwickelt haben und diese rechtlich, angemessen honoriert, absichern lassen. Unternehmen beschäftigen aber auch Menschen, lassen sie am wirtschaftlichen Verkehr teilhaben, ein Einkommen erzielen und bieten Entwicklungsmöglichkeiten. Außerdem treten Unternehmen als Sponsoren auf, um ihre Bekanntheit oder ein bestimmtes Verhalten und Selbstverständnis werbewirksam herauszustellen.

Dies alles und noch viel mehr fasst man unter dem Begriff einer Corporate Social Responsibility (CSR) zusammen. In großen Unternehmen gibt es eine eigene Abteilung, als wichtiges Dokument für die Öffentlichkeit, durchaus auch externe Investoren, werden CSR-Berichte aber auch Umweltberichte erstellt, die in die verpflichtende Berichterstattung eines Geschäftsberichtes eingehen, ohne jedoch Bestandteil der Wirtschaftsprüfung zu sein und damit weitere zusätzliche Kosten hervorzurufen. Transparenz hat ebenso ihren Preis wie Aufklärung. Doch wer soll dafür aufkommen?

Weiter gefasst sind die Anforderungen, die an Unternehmen gestellt werden, solche, die dem Gemeinwohl dienen. Aber auch sie wird man zweifellos als gute Corporate Citizens bezeichnen dürfen. Hier gibt es ein eigenes Regelwerk

und einen Gemeinwohlbericht und eine Gemeinwohllanz. Dies ruft zunächst eine eigene Prüfung beim Unternehmen hervor, aber als Vorteil erhält das Unternehmen ein Gütesiegel und wird dessen positiver Beitrag sichtbar gemacht. Es ist nicht so, dass es bereits einen Zwang zum Gemeinwohl gibt, wie es umgekehrt auch niemand einem Unternehmen in der Vergangenheit verbot, Gemeinwohl orientiert zu sein. So bestehen viele Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie schon länger als das Konzept selbst.

Mit Hilfe eines breiten und damit vergleichsweise objektiven Kriterienkataloges kann für ein jedes Unternehmen festgestellt werden, in welchem Umfange die Tätigkeit (bereits heute) dem Gemeinwohl-Gedanken entspricht. Also auch ein Unternehmen, das sich gar nicht ausdrücklich dazu bekennt oder von diesem Kriterienkatalog nicht weiß, kann bereits ein gutes Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie sein. Sichtbar wird es erst, wenn es sich auditieren lässt, das ruft Transaktionskosten hervor, die aber durch eine größere Nachfrage von Seiten gemeinwohlorientierten Konsumentinnen und Konsumenten ebenso eingespielt werden wie über günstigere Finanzierungsbedingungen bei der in Gründung befindlichen Bank für Gemeinwohl, die Kredite nach dem Umfang des Gemeinwohlbeitrages bepreisen soll, wie dies z. B. auch die börsennotierte UmweltBank in Nürnberg bei von ihr vergebenen Krediten in Abhängigkeit der Umweltfreundlichkeit eines Bau-, Investitions- oder Sanierungsvorhabens tut.

Das Beispiel der UmweltBank belegt, dass dies für die Spareinleger keinen Nachteil bedeuten muss, z. B. indem sie auf Zinsen verzichten. Anders ist es bei der GLS Gemeinschaftsbank, die auch das Vorhaben der Bank für Gemeinwohl in Österreich unterstützt. Dort können die Einleger zu Gunsten von Finanzierungsbereichen ihrer Wahl auch auf Zin-

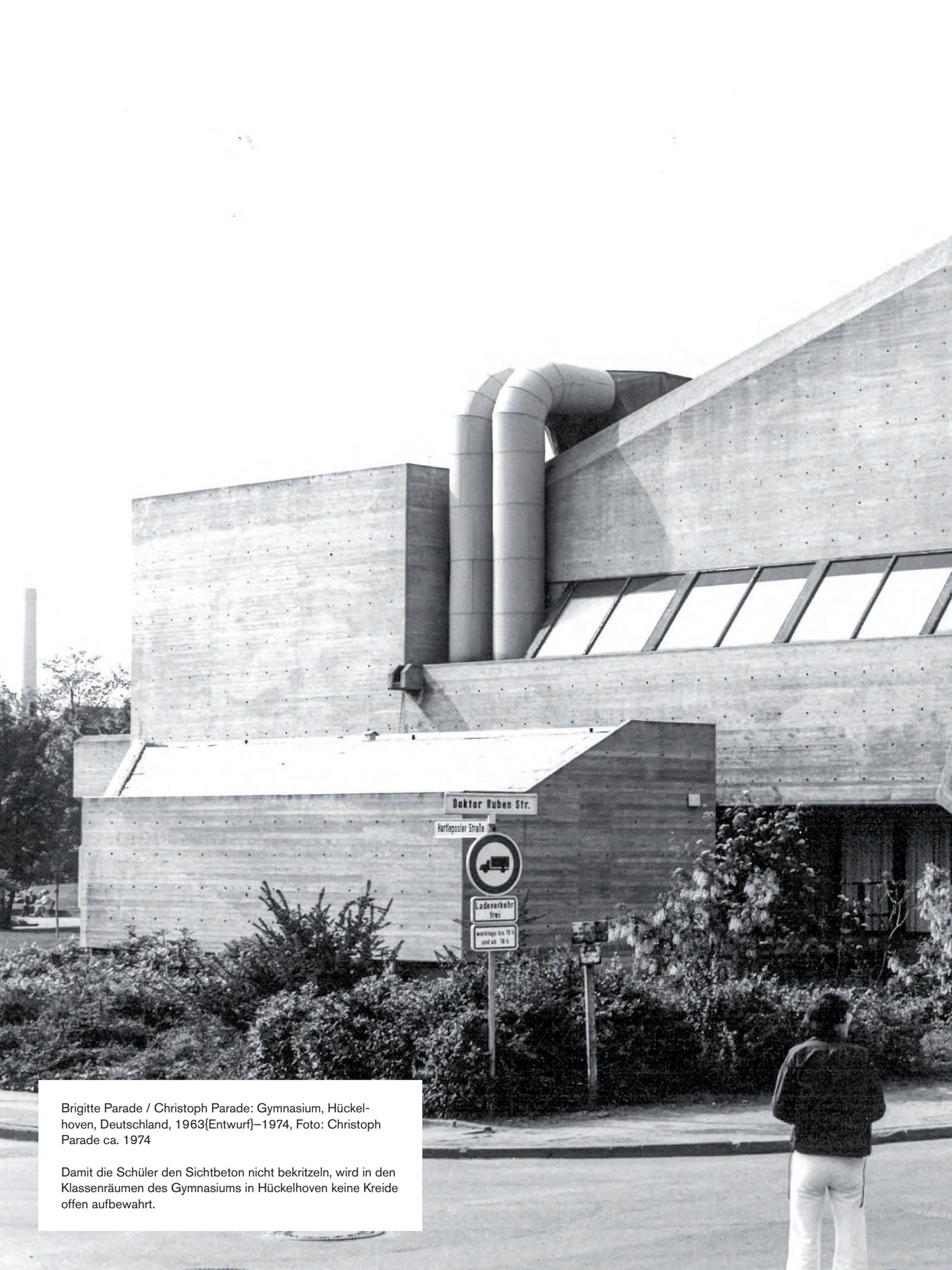
sen verzichten und damit die Kredite günstiger machen. Eine Zeitlang erhielten Mitglieder dieser Genossenschaft keine Dividende, während ein großer Kapitalgeber mit einer stillen Einlage eine attraktive Verzinsung erhielt. Inzwischen hat man dies geändert. Aber unverkennbar handelt es sich weiterhin um eine so genannte weltanschauliche Kreditgenossenschaft, die teilweise die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder durch eine ideelle Förderung ergänzt, ersetzt bzw. kompensiert – je nachdem, welche Interessen das jeweilige Mitglied selbst im Vordergrund stehen sieht. Die Genossenschaft wandelt sich dann zu einem großen Teil zu einer Einrichtung von Mitgliedern, die bewusst verzichten, dies gilt aber nicht für die in ihr Beschäftigten und das seine eigenen Ziele verfolgende Management. Sie erzielen ein Einkommen aus der Tätigkeit als Unternehmen.

Hier ist auch große Transparenz gefordert. Im Sinne der Frage: Wie gemeinwohl- bzw. gemeinwesenorientiert ist die Gemeinwohl-Ökonomie selbst bzw. braucht die Gemeinwohl-Ökonomie noch ein Gemeinwesen? Eine Gemeinwohlorientierung kann als ein übergeordnetes weltanschauliches Ziel auch einer Genossenschaft angesehen werden, wohlgemerkt aber als Nebenzweck. Wichtiger für eine Genossenschaft wären eine Förderbilanz und ein Förderbericht zu den wirtschaftlichen (und weiteren) Förderleistungen für die Mitglieder.

Es ist also nicht zwingend, für eine Gemeinwohl-Orientierung die genossenschaftliche Rechtsform zu wählen. Denkbar wären auch ein Verein oder die Aktiengesellschaft, wie dies im Falle ihrer Gründung bei der Bank für Gemeinwohl selbst eintreten würde und wie es als Nebenzweck vom Aktiengesetz gedeckt ist (§ 70 Abs. 1 AktG). Der besondere Vorteil der Genossenschaft erweist sich jedoch aus Sicht von Initiatoren und eines selbstbestimmten Managements bei einer großen und erfahrungsgemäß nur begrenzt aktiven Mitgliederzahl darin, dass eben die aktive Minderheit sehr schnell die passive Mehrheit im Sinne der Vorstellungen der Unternehmensleitung dominieren kann. 

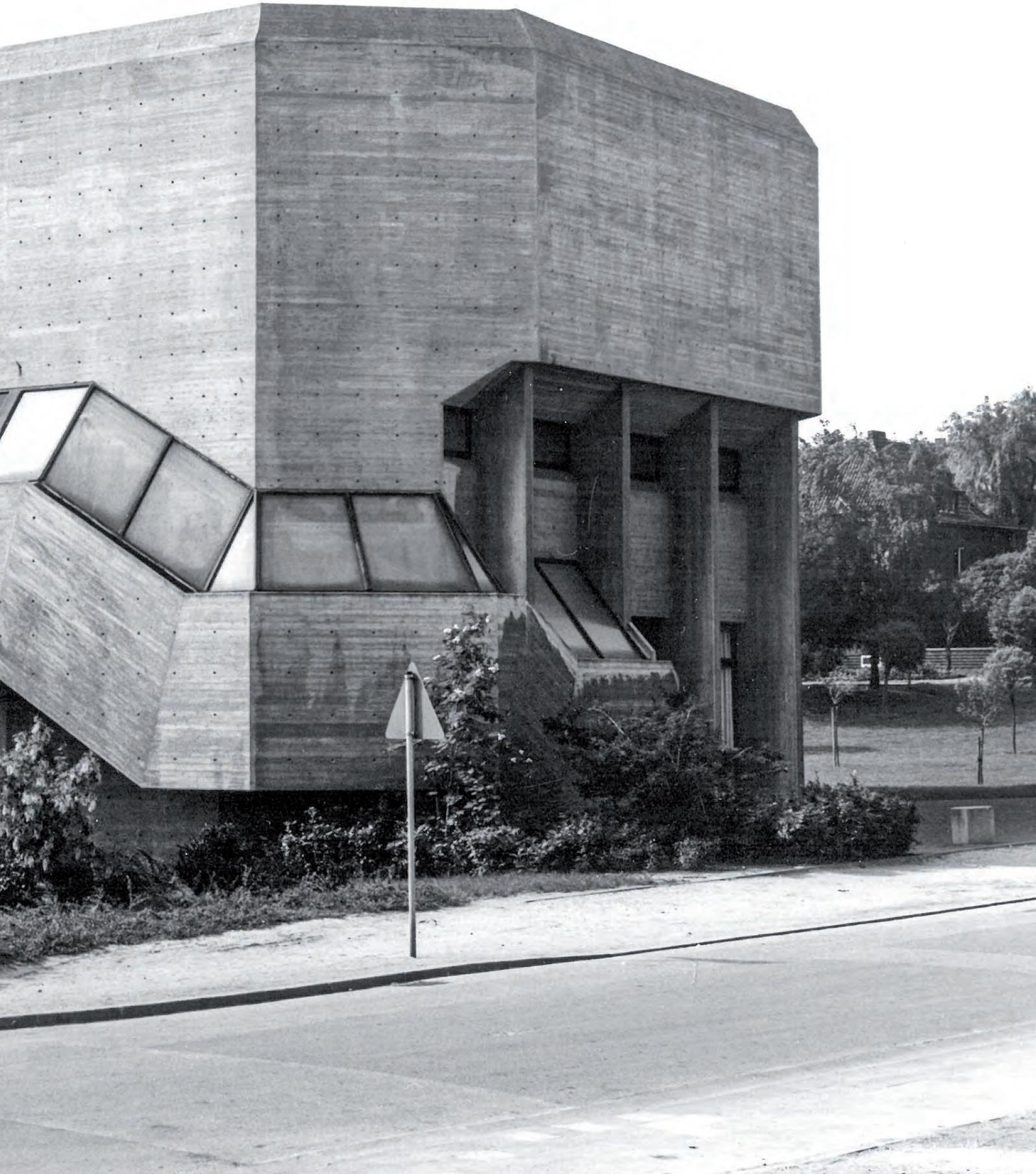
HOLGER BLISSE

ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Wien.



Brigitte Parade / Christoph Parade: Gymnasium, Hückelhoven, Deutschland, 1963{Entwurf}–1974, Foto: Christoph Parade ca. 1974

Damit die Schüler den Sichtbeton nicht bekratzeln, wird in den Klassenräumen des Gymnasiums in Hückelhoven keine Kreide offen aufbewahrt.



Rules for Revolutionaries

How Big Organizing Can Change Everything. Die Kraft und die Breite der Basismobilisierung in der Kampagne von Bernie Sanders hat viele BeobachterInnen fasziniert. Zwei MitarbeiterInnen der Sanders-Kampagne haben ein Buch über ihre Erfahrungen verfasst. Erfahrungen, aus denen man lernen kann.

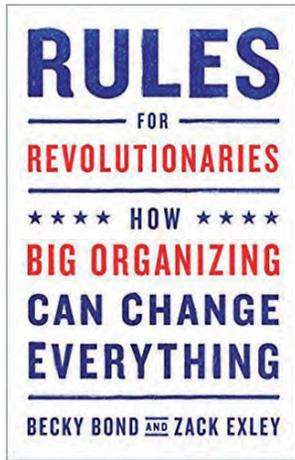
Rules for Revolutionaries ist ein kraftvolles Plädoyer für freiwilligen-getriebene und -getragene Massenorganisation, kurz *Big Organizing*. Es ist die Protokollierung eines öffentlich kaum bekannten Teils der Kampagne und ein Aufruf sowie eine Anleitung zur Massenorganisation auf allen Ebenen. Dabei ist die Revolution, von der die Rede ist, kein Aufruf zum gewaltsamen Umsturz, sondern die demokratische Herbeiführung umfassender sozialer und politischer Veränderungen.

Rules of Revolutionaries erzählt nicht die Geschichte von Bernie Sanders politischer Karriere, nicht die Geschichte der Kampagnen-Inszenierung oder die großen argumentativen Auseinandersetzungen zwischen Sanders und Clinton, sondern die Geschichte der kleinen Abteilung für *distributed-organizing*, deren Aufgabe es war, die Freiwilligen in die Kampagne zu integrieren. Es ist ein Beitrag, um linken, radikalen Aktivismus aufzurütteln, zu erneuern und all jenen, die bereit sind, sich aus der Ecke des vertrauten Aktivismus zu wagen, neue Impulse zu geben. *Rules for Revolutionaries* versteht sich explizit als Antwort auf Saul Alinskys *Rules for Radicals*, das seit seiner Veröffentlichung 1971 als Handbuch für links-liberalen Aktivismus hochgehalten wird. Dabei ging es Alinsky nicht um einen grundsätzlichen Wandel der Verhältnisse, sondern um die kleinen Verhandlungserfolge. Nicht umsonst ist *Rules for Radicals* ein Vorbild für viele NGOs und Vereine, die sich single-issue-Kampagnen verschrieben haben. Exley und Bond setzen dem paternalistischen Konzept der Organisation durch externe *Organizer*, die bestimmte Communities aktivieren sollen, das Modell des *Big Organizing* entgegen. Die Annahme dahinter ist, dass es überall talentierte und intelligente Menschen gibt, die verstehen, was nicht funktioniert und, entsprechend der materiellen und strategischen Ressourcen,

die Macht von den Eliten weg verlagern und echten Wandel bewirken können.

Die 22 Regeln für Revolutionäre, die Exley und Bond aus den Erfahrungen der Bernie-Sanders-Kampagne ableiten, beginnen mit dem Zweck der Organisation: Wenn du nicht nach einer Revolution verlangst, bekommst du keine (Regel 1). *People are waiting for you to ask them to do something big. Movements require clear demands for solutions as radical as our problems, and you need authentic, credible leaders to deliver the message.* Die Rahmenbedingungen sind klar: Die Revolution wird nicht auf dem Silbertablett serviert (Regel 2).

Die Geschichte des *distributed organizing*-Teams beginnt im Juli 2016. Auftritt Zack Exley. Der frühere *Organizing Director* der Plattform *MoveOn.org* stieß zwei Monate nachdem Bernie Sanders am Capitol Hill seine Kandidatur verkündete zu einer Kampagne, die zwar wenige erfahrene MitarbeiterInnen und spärliche finanzielle Ressourcen hat, aber tausende Freiwillige, die darauf warten, Teil der politischen Revolution sein zu können. Becky Bond, ehemalige Präsidentin des *SuperPACs CREDO* heuert Anfang Oktober 2015 bei der Kampagne an. Eine ihrer zentralen Erkenntnisse: Die Revolution wird nicht von Hauptamtlichen getragen (Regel 3) und das müssen die Hauptamtlichen leben (Regel 15). Das *distributed organizing*-Team entwickelt in der Folge einen Ansatz des radikalen Vertrauens in die vielen Freiwilligen. Der Einsatz von technischen Mitteln, allen voran Plattformen, die eine gleichzeitige Kommunikation ermöglichen, um die Freiwilligen direkt in die Arbeitsprozesse der Kampagne zu integrieren, ist wichtig für zwei Aspekte von durch Freiwilligen-Arbeit getragene Bewegungen: Skalierbarkeit und Reproduzierbarkeit. Skalierbarkeit bedeutet, dass die Kampagne großes Wachstum ver-



Becky Bond and Zack Exley
Rules for Revolutionaries
How Big Organizing Can Change
Everything
Chelsea Green Publishing Co, 2016
224 Seiten, 12 Euro

trägt, ohne ins organisatorische Chaos abzugleiten. Reproduzierbarkeit bedeutet, Prozesse wiederholbar zu machen. Das betrifft vor allem die Durchführung von Veranstaltungen, Abläufe von Treffen, aber auch andere Arbeitsabläufe, die nicht jedes Mal aufs Neue erfunden werden sollen.

Das Problem vor dem Exley und Bond standen: Die Bernie-Kampagne hatte nur für die ersten paar Staaten (New Hampshire, Iowa und im kleineren Umfang Nevada) Kampagnen-Büros. Wie bringe ich die hunderttausenden aus den Staaten, die erst viel später wählen dazu, wertvolle Beiträge für die Kampagne zu liefern? Die Lösung: *Get on the Phone!* (Regel 5). Doch wie sollte dies organisatorisch vonstatten gehen? Die Idee war es, möglichst viele Phonebanking-Veranstaltungen zu haben, die zudem möglichst effizient und motivierend ablaufen sollten. Dazu wurde das Modell sogenannter *Barnstorms!* (Regel 8) entwickelt. Dabei wurde zu großen Treffen eingeladen, bei denen hunderte Freiwillige in eine Region kamen. Dabei ging es nicht um große politische Vorträge oder Diskussionen, sondern darum, möglichst viele dafür zu gewinnen, selbst Veranstaltungen abzuhalten, und sie gleich mit den notwendigen Tools dafür auszustatten.

Diese Barnstorms waren Teil einer Kette von Interaktionen mit den Freiwilligen, die von Online-Kontakt zu physischen Treffen zu Telefonaten und wieder Online-Kontakt führten. Das Zentrale dabei wieder: Reproduzierbarkeit und Skalierbarkeit. Nachdem zu Anfang all diese Veranstaltungen von Hauptamtlichen getragen wurden, wurde diese Aufgabe

nach und nach an Freiwillige übergeben. Von den knapp 1000 Barnstorms die in dieser Zeit stattgefunden haben, wurde nur ein Drittel von Hauptamtlichen abgehalten. Die Arbeit war dezentral verteilt – der Plan zentralisiert (Regel 6). Die Entwicklung der Barnstorms sind für Exley und Bond der wichtigste Beitrag ihrer Abteilung für zukünftige Organisationen und Kampagnen.

Im Zuge dieser Prozesse gab es jede Menge Probleme, auf die Exley und Bond detailliert eingehen. Dabei drückt sich jedoch auch die Organisations-Philosophie der beiden aus: Lass das Perfekte nicht der Feind des Großen sein (Regel 11); und: Steigere die Komplexität der Organisation mit dem Entstehen der Probleme (Regel 14).

Rules for Revolutionaries dient nicht nur als Handbuch für Kampagnen und große Bewegungen, sondern ist auch ein brauchbarer Ratgeber für die lokale Organisation und Arbeit als Gruppe. Bekämpft die Tyrannei der Nervigen (Regel 9) bestätigt wohl ein Gefühl vieler langjähriger AktivistInnen, dass es zum Erhalt der Inklusivität und Offenheit einer Gruppe notwendig sein kann, die nervigen Teilnehmer zurückzustutzen oder sie zu bitten, zu gehen. Die Revolution wird finanziert von Kleinspenden (Regel 7) diskutiert die Frage der Finanzierung und Aufstellung großer Kampagnen aber auch kleiner Gruppen. Die Botschaft an alle Revolutionäre und die, die es noch werden wollen: Lerne die Grundlagen des *Good Managements* (Regel 12). Die Bedeutung guten Managements wird in *Rules for Revolutionaries* vor allem in der Beziehung zu und Einbeziehung von Freiwilligen betrachtet. So war ein entscheidender Faktor *super volunteers*, Freiwillige die besonderen Einsatz und Selbstständigkeit bewiesen haben, zu identifizieren, von ihren Methoden zu lernen und diese weiter zu verbreiten.

Rules for Revolutionaries ist ein wichtiger Beitrag zur Debatte über die Art und Weise Organisation neu zu denken, und vor allem auch ein Aufruf die eigenen Handlungsweisen zu überdenken: *Best Practices Become Worst Practices* (Regel 16). Darüber hinaus ist es eine Mahnschrift an die Verantwortlichen der Bernie-Sanders-Kampagne, dass man früher und mit mehr Ressourcen auf das Heer der Freiwilligen, die bereit waren, die Revolution zu starten, hätte setzen sollen. Dazu finden sich auch explizite Anweisungen und Empfehlungen an die Leitung einer progressiven Präsidentschaftskampagne 2020. Zack Exley hat nach dem Ausscheiden aus der Kampa-

gne Mitte März 2016 begonnen, mit besagten *super volunteers* das Netzwerk *Brand New Congress* aufzubauen, der neben *Our Revolution* wichtigsten Organisation, die aus der Bernie Sanders-Kampagne hervorgegangen ist.

Bezeichnend für den Optimismus, der sich, trotz verlorener Vorwahlen durch *Rules for Revolutionaries* zieht, ist der Titel des abschließenden Kapitels *This Is How We Win. Bernie wasn't the leader we've been waiting for. You all were.*

Für alle, die kein weiter-wie-bisher wollen, für alle, die ihre politische Arbeit auf eine neue Stufe heben wollen, für alle, die sich fragen, wie man das Unmögliche möglich macht: Unbedingte Leseempfehlung, nein – Leseverpflichtung! 🍷

PHILIPP TZAFERIS

hat Politikwissenschaft studiert und absolviert derzeit ein Masterstudium an der wu Wien. Er ist Vorsitzender der SPÖ-Sektion Alt-Erdberg.



Victor Leviash / Naum Matusevich: Gebäude 5, Elektrotechnisches Institut Leningrad (heute: Saint Petersburg Electrotechnical University), Sankt Petersburg, Russland, 1965–1975, Foto: Nikolai Vassiliev 2017

In diesem russischen Universitätsbau wurden angeblich Fenster in über 50 verschiedenen Formaten verbaut. Der Architekt, heißt es, habe danach nie wieder einen Auftrag bekommen.

Was Burschenschafter in der Regierung bedeuten

Hans-Henning Scharsach zeigt in seinem im Herbst erschienen Buch »Stille Machtergreifung« auf, wie die Burschenschafter in den letzten Jahren die Kontrolle über die FPÖ übernommen haben. Eine Buchbesprechung von Manfred Lang.

Scharsach zeigt, wie »ein rechtsextremer, demokratie- und verfassungsfeindlich agierender Akademikerklüngel« (S. 9) die FPÖ erst unterwandert und dann übernommen hat. Bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ würden die unter den Dachverbänden Deutsche Burschenschaft und Burschenschaftliche Gemeinschaft agierenden deutschnationalen schlagenden Verbindungen, die immer noch an den Traditionen des Nationalsozialismus festhalten und jetzt die völkisch-deutschnationale Speerspitze der FPÖ bilden, an die Schalthebeln der Macht gelangen.

Fünf Vertreter im sechsköpfigen FPÖ-Führungsgremium sind deutschnationale schlagende Burschenschafter, im Parteivorstand haben die völkischen Korporierten 20 von 33 Stimmen, im Parlament fast die Hälfte der FPÖ-Abgeordneten, sechs Landesverbände werden von Burschenschafter dominiert, in den restlichen zwei stehen sie vor dem Sprung an die Spitze. Die drei FPÖ-Mitglieder der oberösterreichischen Landesregierung sind Burschenschafter, der Grazer Vizebürgermeister Mario Eustacchio ebenfalls. Ein Kompendium der völkischen Burschenschaften unter dem Titel »Wen wir wählen, wenn wir FPÖ wählen« (S. 14) liefert Scharsach in Listenform.

Burschenschaften bzw. Burschenschafter verlangen die Aufhebung des Verbotsgesetzes, verharmlosen Nazi-Verbrechen, verbreiten die Auschwitz-Lüge, nehmen an Neonazi-Veranstaltungen teil, veranstalten Neonazi-Sommerlager, beteiligen sich an Traditionsveranstaltungen der Waffen-ss, bekleiden Spitzenfunktionen im rechtsextremen WITKO-Bund, fördern neonazistische Agitation und Indoktrination, gewähren Neonazis aus der Gewaltszene Unterschlupf und juristischen Beistand.

Wenn manche meinen, Burschenschaften schwanken zwischen neonazistisch und national-konservativ, seien also un-

terschiedlich radikal, so werde diese Ansicht von Informanten aus dem Burschenschafter-Milieu relativiert – es sei eine »weitgehende ideologischen Homogenität« (S. 19) zu konstatieren. Was aber geschähe: Die Verankerung der völkisch Korporierten in den Traditionen des Nationalsozialismus werde geheim gehalten.

Nachzulesen ist, dass die Kornblume kein harmloses Zeichen freiheitlicher Gesinnung ist, sondern ein »Symbol für Schönerers gewalttätigen Antisemitismus und gleichzeitig Bekenntnis zur Tradition des illegalen Nationalsozialismus«. (S. 38)

Das Buch ist eine Fundgrube für den (Neo-)Nazidreck, der in der so sanft und lieb auftretenden FPÖ immer wieder auftaucht, wie etwa auf den Facebook-Seiten von Funktionären. Eine Christiane F. postet auf Straches Seite eine Art Kontaktanzeige »Natürlich, Attraktiv, Zärtlich, Intelligent – das bin ich« (S. 114) und buchstabiert so das Wort Nazi ganz harmlos – und es schaudert einen. Nur eine Kleinigkeit, ja, aber ein perfide. Genauso perfide, aber weniger harmlos, wenn Strache aus Medien zitiert, die neonazistisch sind. Oder wenn Burschenschafter in Internet-Auftritten eine ss-Hymne verbreiten und ihre Leser mit »Heil« begrüßen. »In korporierten Kreise ist dieser Wohlergehensgruß völlig normal«, so ein ehemaliger rfs-Spitzenfunktionär, selbstverständlich ein Burschenschafter. Oder wenn Straches Seiten vor Hass-Postings nur so überquellen.

Scharsach kommt zum nicht gerade ermutigenden Schluss, dass »die Chance, solche Art von Ausgrenzung, Hass, Lügen, Verleumdung, Verächtlichmachung und Gewaltandrohung zu verhindern, gering ist. Freiwillig werden Burschenschafter und FPÖ auf den Weg politischer Kultur nicht zurückkehren – zu erfolgversprechend sind diese perfide Mittel des Hass-Trainings für Mobilisierung und Stimmenmaximierung.« (S. 125)

Die Burschenschaften verhelfen der FPÖ zu einer medialen Parallelwelt. Das FPÖ-TV täuscht Authentizität vor, indem bewusst nicht perfekt inszeniert wird. Also nicht gelackte Medienwelt der Lügen, sondern eben die ungeschminkte Wahrheit. Nur: Wahrheit ist es nicht. »Auf den von Burschenschaftern betreuten Internet-Medien ... (wird) abgekoppelt von Fairness, Respekt und demokratischen Anstand verbreitet, was der Partei nützt.« (S. 129) Die Medienmacher geben die Stichworte, Angst und Hass steuern die Fans und Follower bei.

Einer der zur Hoffähigkeit der FPÖ sehr viel beigetragen hat, ist der Burschenschafte (Marko-Germania zu Pinkafeld) Norbert Hofer. Erfolgreich hat er sich als das freundliche Gesicht der FPÖ präsentiert und dem Rechtspopulismus österreichischer Prägung eine Schmusevariante hinzugefügt, der es nur um die Maximierung der WählerInnen geht. Und das kann man auch, wenn man mit parlamentarischen Anfragen Chemtrails und deren Gefahren für den österreichischen Boden frei nach dem Motto »Auch Paranaoiker sind Wähler« herbeifantasiert.

Was droht nun Österreich, wenn Burschenschafte in höchsten Staatsämtern auftauchen? Demokratie als »Hure des Westens« und »Fehlgeburt der Geschichte«, Gleichberechtigung als »Verstoß gegen Naturrecht und Biologie« – »präziser kann man es nicht auf den Punkt bringen« (S. 213), so Schar-sach am Ende seines Buches, das einen ausgezeichneten Überblick darüber verschafft, wie schlimm diese FPÖ wirklich ist. ❤️

MANFRED LANG

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



Hans-Henning Scharsach (Mitarbeit: Christa Eveline Spitzbart)

Stille Machtergreifung

Hofer, Strache und die Burschenschaften

Verlag Kremayr & Scheriau,
Wien 2017, 240 Seiten, 22,- Euro



Der Berg auf dem
Jesu Botschaft
lebt wird
Ge(b)orgenberg

Fritz Wotruba: Dreifaltigkeitskirche, Wien-Mauer, Österreich,
1971–1976, Foto: Wolfgang Leeb 2011

SOS
BRUTALISMUS



Pranger, Durchschnitt & Anfänge



Ute Frevert DIE POLITIK DER DEMÜTIGUNG

Ute Frevert zeigt nicht nur an zahlreichen Beispielen aus der Geschichte, wie Demütigungen in Szene gesetzt wurden und werden (wobei sich die Bilder über Epochen und Kulturen hinweg erstaunlich gleichen). Sie macht auch klar, dass die Moderne den Pranger keineswegs abgeschafft, sondern im Gegenteil neu erfunden hat. Nicht mehr der Staat beschämt und demütigt, sondern die Gesellschaft.

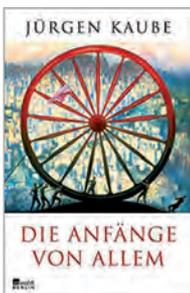
S. FISCHER, 336 Seiten, 25,70 Euro



Andreas Reckwitz DIE GESELLSCHAFT DER SINGULARITÄTEN

Der Durchschnittsmensch mit seinem Durchschnittsleben steht unter Konformitätsverdacht. Das neue Maß der Dinge sind die authentischen Subjekte. Ausgehend von dieser Diagnose, untersucht Andreas Reckwitz den Prozess der Singularisierung, wie er sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Ökonomie, Arbeitswelt, digitaler Technologie, Lebensstilen und Politik abspielt.

SUHRKAMP, 480 Seiten, 28,80 Euro



Jürgen Kaube DIE ANFÄNGE VON ALLEM

Seit wann gibt es den aufrechten Gang, und wie entstand Sprache? Wie kamen Religion, Recht, Handel, Geld, Musik oder Städtebau in die Welt? Wann begannen die Menschen, ihre Toten zu bestatten, und warum schätzen die meisten Kulturen die Monogamie? Jürgen Kaube gibt Antworten auf diese Fragen, die uns in politischen und kulturellen Konflikten oft bis heute beschäftigen.

ROWOHLT, 400 Seiten, 25,70 Euro



Ivan Krastev EUROPADÄMMERUNG

Wo die Mehrheit der Europäer noch vor einigen Jahren optimistisch auf die Globalisierung blickte, empfinden sie Migration und die Rückkehr der Geopolitik als Quelle der Unsicherheit. Ivan Krastev untersucht die Ursachen für diesen Wandel und erörtert, welche Formen die europäische Desintegration annehmen könnte. Ein Zerfall der EU, so Krastev, wäre eine Tragödie.

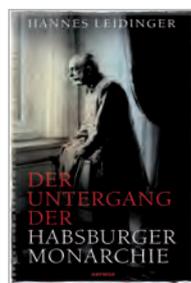
SUHRKAMP, 143 Seiten, 14,40 Euro



Philipp Ther DIE AUßENSEITER

Philipp Ther geht den Gründen der Flucht nach: religiöser Intoleranz, radikalem Nationalismus und politischer Verfolgung. Anhand von Lebensgeschichten veranschaulicht er die Not auf der Flucht, identifiziert Faktoren für gelingende Integration und erörtert das wiederholte Versagen der internationalen Politik sowie die Lehren, die daraus etwa in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 gezogen wurden.

SUHRKAMP, 436 Seiten, 26,80 Euro



Hannes Leidinger DER UNTERGANG DER HABS- BURGERMONARCHIE

Hannes Leidinger bürstet die Geschichte der Jahre bis 1918 gegen den überlieferten Strich, erzählt von Alltagsgeschichte ebenso wie von alten und neuen »Herren«, deren Taten und Beschlüsse weitreichende Konsequenzen für Europa hatten und immer noch haben. Und er geht der Frage nach, ob die Monarchie nicht in vielen kleinen Imperien bis heute weiterlebt.

HAYMON, 440 Seiten, 29,90 Euro

Seelenruhe, Schlüsselrolle & Skandal



Florjan Lipuš
SEELENRUHIG

Mit einem Nachwort von Fabjan Hafner. Ein großer Dichter lässt sein Leben an sich und uns vorüberziehen und betrachtet es mit ruhiger Seele, gelassen und erfahrungsreich. Der Autor berichtet mit erstaunlicher Gelassenheit seine Biografie vom Aufwachen in bäuerlicher Umgebung und gebunden in einer Familie, die von den Entsetzlichkeiten der Geschichte nicht verschont wurde.

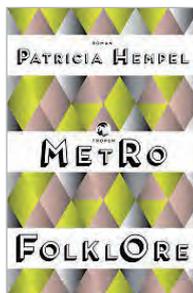
JUNG UND JUNG, 112 Seiten, 18,- Euro



Marc-Uwe Kling
QUALITYLAND

Willkommen in QualityLand, in einer nicht allzu fernen Zukunft: Alles läuft rund – Arbeit, Freizeit und Beziehungen sind von Algorithmen optimiert. Aber: Wenn das System wirklich so perfekt ist, warum gibt es dann Drohnen, die an Flugangst leiden, oder Kampfroboter mit posttraumatischer Belastungsstörung? Warum werden die Maschinen immer menschlicher, aber die Menschen immer maschineller?

ULLSTEIN, 384 Seiten, 18,50 Euro



Patricia Hempel
METROFOLKLORE

»Mitte 20 muss man unglücklich verliebt sein, damit man in den Dreißigern das Liebesglück noch mehr zu schätzen weiß« – das gilt auch für lesbische Archäologiestudentinnen. Wie aber damit umgehen, wenn einem das Flattern durch Mark und Bein schießt, sobald die schöne Helene im Universitätsflur auftaucht? Eine solche Frau, ebenso makellos wie heterosexuell, kann man schließlich nicht einfach von der Seite anquatschen.

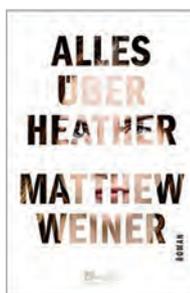
TROPEN, 207 Seiten, 20,60 Euro



JEAN ECHENOZ
UNSERE FRAU IN PJÖNGJANG

CONSTANCE, attraktiv, ungebunden, einem Abenteuer nicht abgeneigt, wird überfallen und verschleppt – im Auftrag des französischen Geheimdienstes: Sie soll die Schlüsselrolle in einer riskanten Mission spielen. Ziel: die Destabilisierung Nordkoreas. Constance erweist sich als Idealbesetzung und läuft in Pjöngjang als Geliebte eines hochrangigen Funktionärs zur Hochform auf.

HANSER BERLIN, 288 Seiten, 22,70 Euro



Matthew Weiner
ALLES ÜBER HEATHER

Das erste Buch des Schöpfers von Mad Men. Mark und Karen Breakstone haben spät geheiratet. Bald kündigt sich Nachwuchs an, die Tochter wird auf den Namen Heather getauft, und die kleine lebt ihr von materiellen Sorgen freies Leben in Manhattan. Doch das Dreieck Vater-Mutter-Kind ist labil. Heather, das von allen vergötterte Mamakind, verändert sich, als sie in die Pubertät kommt.

ROWOHLT, 144 Seiten, 16,50 Euro



Pascale Kramer
AUTOPSIE DES VATERS

Aus dem Französischen von Andrea Spingler. Ania hat ihren Vater jahrelang kaum gesehen. Da erreicht sie eines Tages ein Anruf seiner neuen Frau: Gabriel hat in der Nacht Selbstmord begangen. Der Freitod scheint im Zusammenhang mit dem Skandal zu stehen, den der als linker Intellektueller bekannte Radiojournalist ausgelöst hat, als er öffentlich Partei für zwei junge Einheimische ergriff.

ROTPUNKTVERLAG, 176 Seiten, 22,50 Euro

Schwarzes Loch und rote Blüte

Mit schöner Regelmäßigkeit taucht am Beginn von Regierungsverhandlungen das Phänomen des Budgetloches auf: Wenn sich nichts ändert, dann explodiert das Budgetdefizit. Um das Loch besonders finster und tief aussehen zu lassen, werden die drohende Defizite dann noch über eine ganze Legislaturperiode kumuliert, sodass ein Budgetdefizit, das drei Mrd. Euro pro Jahr beträgt, flugs verfünffacht wird.

So auch in diesem Herbst: Im September hat das Wirtschaftsforschungsinstitut recht realistisch für 2017 ein Budgetdefizit von 0,6% des BIP (etwa 2 Milliarden Euro) und für 2018 eines von 0,3% (gut 1 Milliarde Euro) prognostiziert. Das strukturelle – auf Basis von Vorgaben seitens der Europäischen Kommission um Konjunkturinflüsse bereinigte – Defizit beträgt laut WIFO in beiden Jahren $\frac{1}{2}$ % des BIP. Damit werden alle europäischen Vorgaben eingehalten. Dazu trägt vor allem der starke Konjunkturaufschwung bei, der Beschäftigung und Einkommen nach oben treibt und damit die Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sprudeln lässt.

In den Regierungsverhandlungen taucht nun wie aus dem Nichts eine Budgetprognose des Finanzministeriums auf, die für 2018 ein strukturelles Budgetdefizit von 1 $\frac{1}{2}$ % des BIP ergibt, also um fast vier Milliarden Euro mehr als die WIFO-Schätzung. In der Fachwelt und ich vermute auch bei den BeamtInnen im Finanzministerium rätselt man über die Quellen dieser Defizitexplosion. Sie sind auch nicht in Daten und Fakten zu suchen, sondern nur in der politischen Absicht. Mit der Gefahr eines (zu) hohen Defizits lassen sich die geplanten Kürzungen im Sozialbereich leichter begründen. Sie stellen das eigentliche Ziel der Koalitionsparteien dar und sollen sich wohl zunächst auf AusländerInnen und Flüchtlinge im Besonderen konzentrieren.

Diese Perfidie dürfte von der neuen Regierung noch auf eine nächste Stufe gehoben werden. Indem nämlich recht

rasch Zuckerl in Form von Steuererleichterungen für beserverdienende Familien, Großunternehmen, Immobilienbesitzer, die Tourismusbranche und viele andere einflussreiche Lobbies nachgeschoben werden. Der bewusst in Kauf genommene Effekt der Steuersenkungen besteht in einem Anstieg des Budgetdefizits. Dieser soll dann wieder den Ausgangspunkt für weitere, noch massivere Kürzungen im Sozialbereich bilden, die die breite Masse der Bevölkerung treffen.

Für die SPÖ bietet diese absehbare Regierungsstrategie Gefahr und Chance in einem. Die Gefahr besteht in der positiven Sichtweise von Steuersenkungen auch auf sozialdemokratischer Seite. Die im Wahlkampf propagierte Abgabentlastung betrug knapp die Hälfte der schwarz-blauen Pläne und sollte durch »Wachstumseffekten und Einsparungen bei Verwaltung und Förderungen« gegenfinanziert werden, was die Chiffre für »wir haben keinen konkreten Plan« darstellt. So tappt man in die vom Gegner aufgestellte Falle, weil man keine klare Botschaft hat.

Dabei läge die sozialdemokratische Botschaft auf der Hand: Wir verteidigen den Sozialstaat, der der breiten Masse der Bevölkerung hohen Lebensstandard sichert. Wir treten dabei für möglichst effiziente Organisation ein, weil der Wert des Sozialstaates in guten Leistungen für die Bevölkerung und nicht in umfassender Bürokratie liegt. Wir setzen auf den finanziell nachhaltigen Ausbau des Sozialstaates, zum Beispiel durch mehr Investitionen ins soziale Pflegesystem finanziert durch eine Erbschaftssteuer. Es ist die soziale Frage, die zu stellen das erfolgversprechende Konzept gegen die schwarz-blauen Steuersenkungen für die oberen fünf Prozent darstellt.

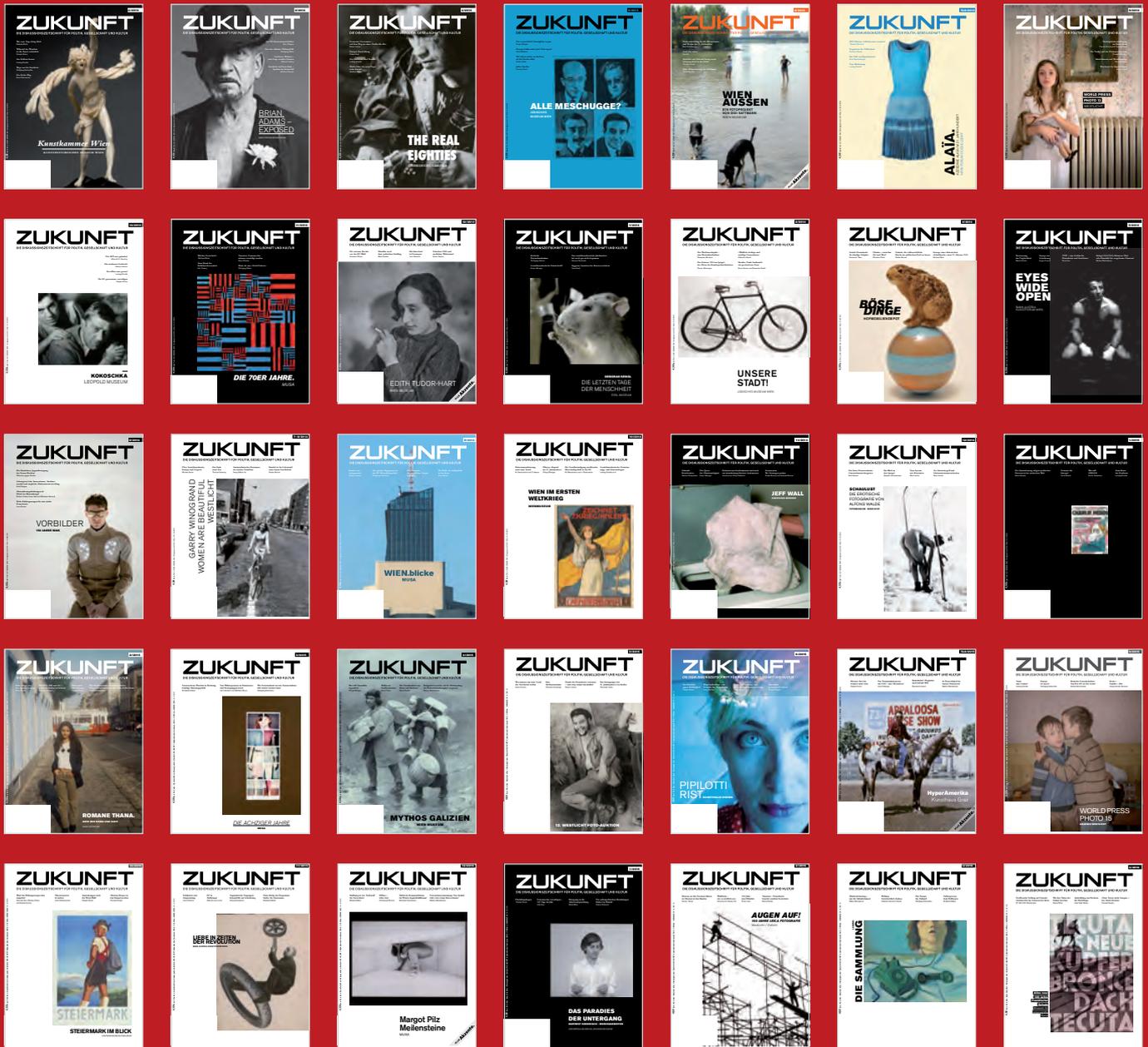


MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>



London Borough of Camden Architect's Department
(Neave Brown): Alexandra and Ainsworth Estate, London,
Großbritannien, 1967–1979, Foto: Gili Merin 2017



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: